

Chalkirchner Str.



Marktverkehr

Straßen-
schäden



DDSD

Zeitschrift
der Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft
Landesverband Bayern

November
2003

**Perspektiven
beruflicher Bildung**

Inhalt:

Employability

Das Bildungskonzept für die Ich-AG

von Dr. Karlheinz A. Geißler und Dr. Frank Michael Orthey S. 3

Plädoyer für ein plurales Berufsbildungssystem

die ›Leipziger Erklärung‹ der GEW S. 5

Wer verkauft wen?

von Martin Gruber S. 9

Lernfelder im beruflichen Schulwesen

von Toni Hartl S. 10

Zukunft der Bildung in München

von Barbara Schreyögg S. 11

VW stellt Ausbildung vom Kopf auf die Füße

von Gerhard L. Endres S. 13

ErzieherInnenausbildung an die Hochschule?

von Fritz Köbler S. 15

Neue alte Richtlinien zur dienstlichen Beurteilung

von Gele Neubäcker S. 16

Pädagogische Reformen

brauchen bessere Kita-Ausstattung

von Bernhard Eibeck S. 18

Gegen den Trend -

höhere Eingruppierung für SozialpädagogInnen

von Günther Schedel-Gschwendtner S. 19

Kein Weihnachtsgeld im Weinberg

von Günther Schedel-Gschwendtner S. 20

Dies und Das S. 20

Glückwünsche und Veranstaltungen S. 22

als Aushang geeignet:

Arbeitszeiterhöhung

von Schorsch Wiesmaier S. 23

Kontakte S. 24

**Telefonische Sprechzeiten
der GEW Rechtsstelle
mit Beratung für GEW-Mitglieder:
montags und donnerstags
von 13.00 bis 16.00 Uhr
Telefon: 0 89-54 37 99 59**

Ab _____ gilt folgende Änderung (meiner Adresse, Bankverbindung, Eingruppierung, Beschäftigungsart, Teilzeit, Erziehungsurlaub, Arbeitsstelle, GEW-Funktion ...)

Name:

Mitgliedsnummer:

Änderung:

Bitte zurück an GEW Bayern, Schwanthalerstr. 64, 80336 München
Grundsatz aller Gewerkschaften: Wer weniger verdient, zahlt weniger Beitrag (wenn es uns mitgeteilt wird!). Wer unter dem satzungsgemäßen Beitrag liegt, verliert seinen gewerkschaftlichen Rechtsschutz!

Bitte nicht gleich weglegen...

...denn unser Schwerpunktthema ist nicht speziell für die KollegInnen aus den beruflichen Schulen gedacht. Nicht nur, weil wir grundsätzlich einen Blick über den Tellerrand brauchen. Es geht um Perspektiven beruflicher Bildung und damit um die Perspektiven aller Jugendlichen.

Wie jeden Herbst stehen die fehlenden Ausbildungsplätze im Zentrum der Aufmerksamkeit. Eine Ausbildungs-Umlage war versprochen für den Fall, dass ›die Wirtschaft‹ nicht genügend Ausbildungsplätze schafft. Wundern wir uns noch, wie zögerlich die herrschenden Politiker diese Frage mittlerweile erwägen und stattdessen das hohe Lied der Freiwilligkeit singen? Es sind die gleichen, die – in diesem Falle gar nicht zögerlich – das soziale Sicherungssystem dieser Gesellschaft aus den Angeln heben und z. B. Jugendliche unter 25 Jahren durch Entzug jeglicher Unterstützung dazu zwingen wollen, jede (!) Arbeit anzunehmen.

So zufällig und chaotisch die politischen Entscheidungsträger derzeit scheinbar auch agieren, die Ergebnisse dieser Politik greifen am Ende durchaus ineinander. Dass dies unsere Gesellschaft lebenswerter macht, glaube, wer will.

Wir hoffen, dass die Artikel unseres Schwerpunktthemas dazu beitragen, die öffentliche Diskussion darüber, wohin sich unsere Gesellschaft bewegt, zu fördern.

Als uns die Stoiber-Forderungen zur nachmittäglichen Präsenz der LehrerInnen an der Schule erreichten, war diese Ausgabe der DDS schon fast fertig. Deshalb findet sich die Stellungnahme der GEW dazu an ungewöhnlicher Stelle auf Seite 23. Wir haben diese Stellungnahme so gestaltet, dass sie als Aushang für das schwarze Brett verwendet werden kann und bitten, davon regen Gebrauch zu machen.

Karin Just

Oskar Negt, Frankfurter Rundschau, 08.07.03

»Wir leben zurzeit von der trügerischen Hoffnung, alle kollektiv entstandenen Probleme am kostengünstigsten durch Privatisierung lösen zu können. Das wird sich als grandiose Täuschung erweisen. Dieser Privatisierungswahn zersetzt auch die Öffentlichkeitsräume, wo Fragen des Gemeinwohls, der Lebenszwecke ökonomischen Handelns zum Thema gemacht werden können.«

Berichtigung:

Die in der DDS vom September angekündigte
Lesung von Luise Pusch
am 5. November im KOFRA e.V. München, beginnt nicht um
20.00 Uhr, sondern bereits um 19.00 Uhr.

Impressum:

DDS • Die Demokratische Schule • **Herausgeber:** Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) im DGB, Landesverband Bayern, Geschäftsstelle: Schwanthalerstr. 64, 80336 München, ☎ 0 89-5440810 • Fax: 0 89-5 38 94 87 • e-mail: info@bayern.gew.de

Redaktionsleiterin: Karin Just, Heimeranstr. 58, 80339 München oder über die Geschäftsstelle der GEW erreichbar • ☎ 0 89-51 00 91 02 • Fax: 089-5 389487
e-mail: Karin.Just@t-online.de und KJ@bayern.gew.de

Redaktionelle MitarbeiterInnen: Verena Escherich, Gerhard Endres, Johannes Glötzner, Hannes Henjes, Gele Neubäcker, Inge Poljak, Ute Schmitt, Ernst Wilhelm.

Gestaltung: Karin Just

Bildnachweis (nur soweit nicht an Ort und Stelle berücksichtigt): Karin Just

Druck: Druckwerk GmbH, Schwanthalerstr. 139, 80339 München, ☎ 0 89-5 02 99 94

Anzeigenannahme: über die Redaktionsleitung

Anzeigenverwaltung: Druckwerk GmbH, Schwanthalerstr. 139, 80339 München,

☎ 0 89-5 02 99 94, e-mail: team@druckwerk-muenchen.de

Zur Zeit ist die Anzeigenpreisliste Nr. 12 vom 1.1.2003 gültig.

Mit Namen oder Namenszeichen gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung der betreffenden VerfasserInnen dar und bedeuten nicht ohne weiteres eine Stellungnahme der GEW Bayern oder der Redaktion. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Druckschriften wird keine Gewähr übernommen. Bei allen Veröffentlichungen behält sich die Redaktion Kürzungen vor. Der Bezugspreis ist für GEW-Mitglieder des Landesverbandes Bayern im Mitgliedsbeitrag inbegriffen. Der Bezugspreis für Nichtmitglieder beträgt jährlich 21,- EUR zuzüglich Porto, der Preis der Einzelnummer 2,50 EUR zzgl. Porto.

Die DDS erscheint monatlich mit Ausnahme der Monate Januar und August.

Adressenänderung: Ummeldungen bitte an die Landesgeschäftsstelle der GEW.

Redaktions- und Anzeigenschluss: jeweils am 6. des Vormonates

Employability: Das Bildungskonzept für die Ich-AG

Im Sprachspielwettbewerb um Aufmerksamkeitsgewinne in der Bildungspolitik ist es jüngst dem Begriff ›Employability‹ gelungen, einen deutlichen Punktevorsprung zu erlangen. Als berufspädagogische Schlüsselkategorie wurde dieser vor einiger Zeit von den Beschäftigungspolitikern der Europäischen Union in Umlauf gesetzt.

Employability zielt auf die Qualifizierung zur Beschäftigungsfähigkeit. Ziel ist es, die permanente Anpassung der beruflichen Qualifikation an die sich wandelnden Beschäftigungsbedingungen in einer sich rasch ändernden Arbeitswelt zu gewährleisten. Dies durch die Bereitstellung jener Bedingungen, die es den (zukünftigen) Arbeitnehmern ermöglichen, entsprechendes selbst zu leisten. Nicht mehr das Beschäftigungssystem sorgt für die qualifikatorischen Voraussetzungen zur Anstellung, sondern die berufstätigen (oder berufstätig sein wollenden) Individuen selbst müssen dies tun – und zwar ununterbrochen und lebenslang.

Bewusster Abschied vom ›Dualen System?‹

Die Bundesregierung hat sich in ihrem Aktionsprogramm ›Innovation von Arbeitsplätzen in der Informationsgesellschaft des 21. Jahrhunderts‹ (1999) dieser bildungspolitischen Weichenstellung der Europäischen Kommission angeschlossen. Sie hat sich damit programmatisch von dem auf den Beruf hin zentrierten Ausbildungssystem in Deutschland (Duales System) verabschiedet. Die Wahrscheinlichkeit, dass dies naiv, d.h. unreflektiert und ohne Absicht geschah, ist hoch.

Aber so problemlos wie sich neue Sprachspiele einführen lassen, gelingt die Realisierung dessen, was damit bildungspolitisch beabsichtigt wird, üblicherweise nicht. Traditionell nämlich bildet man in Deutschland seit langer Zeit auf einen Beruf hin aus. Nicht Ausbildung, sondern Berufsausbildung ist der Weg, mit dem junge Menschen bei uns ins Arbeitsleben integriert werden.

Die gesellschaftliche Funktion von ›Beruf‹

Dabei war der ›Beruf‹ immer mehr als nur eine Denk- und Begriffsschablone für Arbeitsfähigkeit. Mit seiner Hilfe wurde die Gesellschaft organisiert und stabilisiert, und es wurde durch ihn soziale Ungleichheit legitimiert. Auch wenn sich die Form des Berufes immer wieder geändert hat, z. B. ist die handwerkliche Tradition der Beruflichkeit weitgehend durch die industrielle abgelöst worden, so ist doch die gesellschaftliche Funktion des Berufes in Deutschland weitgehend stabil geblieben. Der Beruf ist auch heute noch der

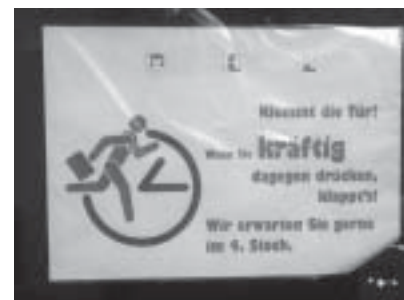
zentrale Garant für qualifikatorische Beständigkeit. Als Ordnungsmittel wird er weiterhin gebraucht und genutzt, so etwa bei den Zugängen zum Beschäftigungssystem, bei sozialpolitischen und bei arbeitsrechtlichen Regelungen. Aber der Beruf ist heute keine lebenslang gültige Garantie mehr für die Anerkennung von einstmalig erworbenen Fähigkeiten. Seit längerem bereits müssen die benötigten Qualifikationen für die Berufsausübung immer wieder neu erworben werden. Beruf bedeutet heute – paradox formuliert – der auf Dauer gestellte Ausweis von Fähigkeiten zur permanenten Veränderung von Fähigkeiten. Vor zwei Jahrzehnten nannte man dies Schlüsselqualifikationen, heute spricht man lieber von Basiskompetenzen. Ein deutsch-amerikanischer Technologiekonzern kann daher in einem Positionspapier feststellen: »Das Konzept der ›Beruflichkeit‹ geht für viele verloren. ›Berufe‹ entwickeln sich zu kurzfristigen ›Skillpaketen‹. Identität aus dauerhaften Berufen geht dadurch verloren.«



Berufliches Lernen wird, dieser Logik folgend, immer enger an den Ort seiner Verwertung verlagert und ändert sich hierdurch ebenso rasch, wie die dort herrschenden Verwertungsbedingungen. Nur noch vom Betrieb her wird der Beruf gedacht, der in ein Bündel von Teilkompetenzen atomisiert wird, die in einem höchst flexiblen und lockeren Netz verknüpft werden. Ignoriert wird die bisher höchst wirksame gesellschaftspolitische Funktion des Berufes.

Verwertbarkeit statt Nützlichkeit

›Employability‹ ist das dafür in Umlauf gesetzte Sprachspiel. Es steht für die flüchtige Beruflichkeit, für die Individualisierung gesellschaftlicher Ordnungsmuster und damit auch für die Privatisierung ehemals politisch zu bearbeitender Problemlagen. Die Erwerbstätigen werden zu ›Unternehmern in eigener Sache‹ gemacht, ohne dass ihnen die Sache eigen ist. Das Bildungskonzept ›Employability‹ läuft auf (kurzfristige) Verwertbarkeit hinaus, nicht auf (langfristige) Nützlichkeit, wie es das Berufskonzept tut. Wissen bekommt dabei Priorität gegenüber Denken, Information gegenüber Bildung. Die Lern-





Collagen aus zertifizierten Teilqualifikationen sind ausschließlich am Karriere-Markt und den Wachstumsvorstellungen der Einzelbetriebe orientiert. Sie müssen vom Individuum eigenverantwortlich marktgerecht platziert

werden, damit dieses seine Existenz zu sichern im Stande ist. Die Sicherheit, die einst der Beruf in seiner sozial verankerten Stabilität vermittelte, wird durch stete Selbsterneuerungspflicht und flexible Marktorientierung ersetzt. Auf jeden Fall führt dies das Individuum in eine selbst zu verantwortende Ortlosigkeit, der alle stabilen zeitlichen Strukturen abhanden gekommen sind. »Heute hier, morgen dort« – heißt das Programm jener Berufsbildungspolitik, die sich an der »Employability« orientiert – und für viele heißt es dann auch schnell: »Heute hier, morgen fort!« Das ist die Realität der zum politischen Programm gewordenen »Ich-AG«.

Ganz so problemelastisch wie sie es tun, sollten die Bildungspolitiker des Bundes und der Länder diese beschäftigungspolitische Ausrichtung der EU nicht zu ihrer eigenen Angelegenheit machen. Ganz so eilig sollte man die bisher erfolgreiche Tradition der berufsorientierten Bildung nicht fallen lassen, und nicht ganz so unreflektiert sollte man von

jenes, ehemals breit anerkannten, Bildungsziel Abstand nehmen, in der Berufsbildung auch jene Fähigkeiten zu entwickeln und stärken, die zum Widerstand gegen die Zumutungen der Arbeitswelt befähigen. Dazu reichte es in einem ersten Schritt beim Großvater der Volkswirtschaftslehre, Friedrich List, nachzulesen. Er hat gewarnt: »Die betriebswirtschaftliche Vernunft von heute ist der nationalwirtschaftliche Irrtum von morgen«. Das werden auch jene erfahren, die die Stärkung des »Ich« über das Aktienrecht propagieren. Für diese ist der Beruf sowieso nur mehr ein nostalgisches Ornament.

von Dr. Karlheinz A. Geißler

Professor für Wirtschaftspädagogik an der Universität der Bundeswehr München



und Dr. Frank Michael Orthey

Berater und Trainer in der beruflichen Weiterbildung

Veröffentlichung u.a. Geißler/Orthey: Der große Zwang zur kleinen Freiheit. Berufliche Bildung im Modernisierungsprozeß, Stuttgart



Alle Fotos zeigen ein in wenigen Minuten abzulaufendes Areal der Nürnberger Innenstadt. Dort residieren Zeitarbeitsunternehmen und Weiterbildungsfirmen unter Adressen, deren Straßennamen an Färber, Tuchmacher, Hefner erinnern. Anfang und Ende der Beruflichkeit in direktem räumlichen Kontakt?

Aktuelle Dimensionen der Zeitarbeit

Als das Bundesverfassungsgericht im Jahr 1967 entschied, dass die damals gesetzlich geregelte alleinige Arbeitnehmerüberlassung durch die Arbeitsämter mit dem Grundrecht der freien Berufswahl nicht vereinbar sei und deshalb auch private Überlassungsbetriebe tätig werden könnten, wuchs diese Form des modernen Handels mit Beschäftigten zunächst nur unmerklich an. 1986 tummelten sich lediglich 145 Firmen in diesem Geschäftsfeld; im Jahr 2000 war diese Zahl bereits auf 1.046 angewachsen.

In den letzten Jahren ist die Zahl der in die Zeitarbeit Abgedrängten nach Angaben der Verwaltungsverfügungsgenossenschaft übermäßig gewachsen, von 255.732 im Jahr 1993 auf 785.881 im Jahr 2000. Gleichzeitig spricht die Statistik der Bundesanstalt für Arbeit aber nur von 326.249 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten für das Jahr 2000 – ein Indiz für die hohe Fluktuation in dieser Branche. In einer Untersuchung des Arbeitgeberverbands ist für das gleiche Jahr von 67.962 Übergängen aus Zeitarbeit in Arbeit zu lesen – Beleg für die geringe Beschäftigungswirkung von Zeitarbeit. Und dennoch wollen uns die Politiker einreden, eine Ausweitung dieser Branche und die Deregulierung aller gesetzlichen Vorschriften für die Zeitarbeit brächte mehr Beschäftigung.

War die private Arbeitnehmerüberlassung zunächst gesetzlich gar nicht geregelt, sah sich der Gesetzgeber 1972 nach zahlreichen Missbrauchsfällen (Vermittlung ohne Arbeitslaubnis, Nichtabführung von Sozialversicherungsbeiträgen, Vorenthalten von Lohn) veranlasst, im AÜG erstmals gesetzliche Regelungen für die private Arbeitnehmerüberlassung aufzustellen. Wesentlicher Inhalt damals war das sog. Synchronisationsverbot, d.h. das Verbot Leiharbeitsverhält-

nisse auf die Dauer des Arbeitseinsatzes in einer Entleihfirma zu beschränken. Allerdings ließ auch damals schon das Gesetz zu, dass das vom Verleiher gezahlte Entgelt unter dem für vergleichbare Arbeitnehmer des Entleihbetriebs liegen konnte.

Seither ist das AÜG mehrfach geändert worden. So wurde die Erhöhung der Höchstdauer für die Überlassung von zunächst drei auf 24 Monate angehoben (2001). Die damals auch vorgesehene Vorschrift, dass nach 12 Monaten wenigstens die gleiche Entlohnung für die Leiharbeitnehmer wie für vergleichbare Beschäftigte des Entleihbetriebs bezahlt werden soll (§ 10, Abs. 5 AÜG alt), ist inzwischen durch die »Hartz-Gesetze« sang- und klanglos wieder gestrichen worden. Durch die gleichen Gesetze fielen auch Synchronisationsverbot und Höchstdauer der Überlassung.

Nach Zahlen der Bundesanstalt erreichen die Durchschnittslöhne in der Zeitarbeit lediglich knapp 60% (West) des Durchschnitts der Gesamtwirtschaft. Nach der gleichen Quelle dauern 60% der Beschäftigungsverhältnisse in der Zeitarbeitsbranche max. drei Monate, 10% sogar nur eine Woche. Selbst nach Angaben der Zeitarbeitsbranche gelingt es nur jedem siebten Leiharbeitnehmer durch die Zeitarbeit eine Festanstellung zu finden. Ältere Arbeitnehmer haben in der Zeitarbeit unterdurchschnittliche Chancen: In der Gesamtwirtschaft liegt der Anteil der über 55-jährigen bei rund 10%, in der Zeitarbeit nur bei knapp 4%.

Bei diesen Dimensionen sollte die Frage nach Effektivität und Effizienz der Zeitarbeit nicht mehr schwer zu beantworten sein!

von Dr. Friedrich Sendelbeck

1997-2002, GEWERKSCHAFTSSEKRETÄR IM BÜRO FÜR WEITERBILDUNG DER GEW BAYERN

**Auf dem GEW-Kongress
»Berufliche Bildung
zwischen Hartz und PISA«
am 26./27.9.2003 in Leipzig
wurde folgende
»Leipziger Erklärung« verabschiedet:**

Plädoyer für ein plurales Berufsbildungssystem

**GEW:
Höchste Zeit, das duale System
systematisch zu ergänzen**

Das deutsche Berufsbildungssystem ist reformbedürftig. Der Bildungsgewerkschaft GEW geht es in der Debatte über die Zukunft der Ausbildung vor allem darum: Alle jungen Menschen eines Jahrgangs haben bei der Berufswahl echte Chancen auf einen Ausbildungsplatz, der ihren Neigungen und Fähigkeiten entspricht. Die Berufsbildung darf nicht von den Zyklen des Arbeitsmarktes abhängig sein, wirtschaftlich und demografisch bedingte Schwankungen müssen ausgeglichen werden. Das Ziel hat der ehemalige Leiter des Deutschen Jugendinstituts, Ingo Richter, so formuliert: »Das duale System erhalten, erneuern und ergänzen.« Das kann gelingen, wenn zusätzliche und gleichwertige Ausbildungswege mit unterschiedlichen Lernortkombinationen eröffnet werden.

Die Krisensymptome des Systems der Berufsausbildung

Es fehlt ein auswahlfähiges Angebot

Nur ca. ein Viertel aller Unternehmen in Deutschland bildet aus, Tendenz fallend. Die regionalen Unterschiede sind groß – und das nicht nur zwischen West und Ost. In Ostdeutschland konkurrieren mindestens drei Bewerber um eine betriebliche Lehrstelle; ohne staatliche Subventionierung und Ausgleich der Angebotsdefizite geht hier gar nichts. In diesem Jahr werden Abertausende unversorgt bleiben, also nicht einmal in einer berufsvorbereitenden Maßnahme unterkommen. Für mindestens 200.000 junge Menschen wird der Wunsch nach einer betrieblichen Ausbildungsstelle nicht erfüllt, die »Bugwelle« von Altnachfragern wird immer größer. Der Maßstab des Bundesverfassungsgerichts, nach dem nur bei einem Lehrstellen-Überhang von 12,5 Prozent von einem auswahlfähigen Angebot gesprochen werden kann, spielt schon längst keine Rolle mehr.

Es mangelt an Qualitätskriterien und -kontrolle

Die Akquise neuer Ausbildungsstellen geht oft und immer mehr auf Kosten der Qualität. Wirtschaftsvertreter drängen darauf, dass die Berufsprofile möglichst auf ganz spezielle Bedürfnisse einer Branche zugeschnitten sind. Die



Foto: transit-berlin/Christian v. Polentz

Folge: Zu enge Berufsbilder und nur begrenzt verwertbare Qualifikationen, insbesondere, wenn jetzt vermehrt kürzere Ausbildungen eingeführt werden. Ungeklärt ist außerdem, wie sich die Lernorte Betrieb und Berufsschule ergänzen. Die Reform des Prüfungswesens ist überfällig. Insgesamt fehlt eine wirksame Qualitätskontrolle der Ausbildung. Mit dem Aussetzen der Ausbildereignungsprüfung verzichtet die Bundesregierung auf Mindeststandards und setzt auf Quantität statt Qualität.

Integration von jungen Menschen mit Startproblemen wird immer schwieriger

Jugendliche mit niedrigem Schulabschluss, aus sozial benachteiligten und/oder Migrantenfamilien haben nur geringe Chancen auf eine Lehrstelle im Betrieb. Stattdessen hat sich für diese Jugendlichen ein aufwändiges System untereinander kaum abgestimmter schulischer und außerbetrieblicher Maßnahmen etabliert. Jungen Frauen bietet die duale Ausbildung geringere Wahlmöglichkeiten. Sie weichen oft auf schulische Ausbildungen in frauentypischen Berufen – etwa im Gesundheitswesen – aus, selbst wenn sie Schulgeld bezahlen müssen.

Der Anschluss nach der Ausbildung ist nicht gewährleistet

Die zweite Schwelle, also die Hürde, im erlernten Beruf einen Arbeitsplatz zu finden, wird ständig höher. Das gilt für Absolventen des dualen Systems, in stärkerem Maße aber für die steigende Zahl derer, die eine außerbetriebliche oder vollzeitschulische Berufsvorbereitung oder Ausbildung hinter sich haben. Berufsausbildungsvorbereitung, Aus- und Weiterbildung sind häufig unverbunden, es fehlen Anschluss- und Anrechnungsmöglichkeiten. Beruflich erworbene Kompetenz zählt an den Hochschulen wenig: Wer Karriere mit Lehre machen will, muss um die Anrechnung jeder Einzelleistung kämpfen.

Finanzierung und Verantwortung sind unklar geregelt

Viele Unternehmen – besonders in Ostdeutschland – bilden nicht auf eigene Kosten aus, sondern dank staatlicher Zuschüsse. Es fließen öffentliche Mittel aus diversen Kanälen – von EU, Bundes- und Landesministerien oder

der Bundesanstalt für Arbeit: Neben der betrieblichen Ausbildung ist längst ein heterogenes System von schulischen und außerbetrieblichen Ausbildungen entstanden, die oft nicht aufeinander abgestimmt sind. Junge Leute werden von einer Maßnahme zur nächsten weiter gereicht; wer vorher nicht schon benachteiligt war, wird es auf diesem Weg. Andererseits gibt es qualitativ hochwertige vollzeitschulische Berufsbildungsangebote, deren Abschlüsse in der Praxis dennoch oft wenig gelten. Kampagnen und kurzfristiges Krisenmanagement ersetzen tragfähige Konzepte.



Foto: transit-berlin/Christian v. Polentz

Lösungsansätze der GEW

Strukturell:

Ein plurales, vom Arbeitsmarkt unabhängiges Ausbildungsangebot

Mit Appellen, Anreizen oder Androhungen sind die Strukturprobleme der Ausbildung nicht zu lösen. Vielmehr muss das vorhandene unsystematische Gemenge unterschiedlicher Ausbildungsgänge gezielt in ein plurales Berufsbildungssystem überführt werden. Ziel ist, das duale System durch gleichwertige Angebote mit unterschiedlichen Kombinationen von betrieblichen, außerbetrieblichen und schulischen Lernorten zu ergänzen und damit unabhängig von ökonomischen und demografischen Entwicklungen zu machen. Vor allem geht es darum, die bisherigen ergänzenden Angebote vom Stigma einer Notmaßnahme zu befreien.

Inhaltlich:

Ein qualitativ hochwertiges, auswahlfähiges Ausbildungsangebot

Eine gründliche Evaluierung und Qualitätsprüfung sowohl der betrieblichen als auch der nichtbetrieblichen Berufsbildung tut Not. Zukunftsweisende Entwicklungen und Innovationen in den verschiedenen Ausbildungsgängen sollen Schule machen. Zur Qualitätssicherung gehören auch verbindliche Standards für die Qualifikation des ausbilden-

den Personals sowie die Verständigung auf den Grundsatz breit verwertbarer Qualifikationen und auf Formen der Lernortkooperation. Der Wechsel zwischen verschiedenen Angeboten soll verlässlich geregelt werden; die Anschlussfähigkeit von betrieblichen und schulischen Ausbildungsgängen sowie die Durchlässigkeit zur Hochschule und zur Weiterbildung müssen gegeben sein.

Finanziell:

Gerechte Kostenverteilung

zwischen Unternehmen und öffentlicher Hand

Bildung ist Teil öffentlicher Grundsicherung: Was für Schule und Hochschule gilt, muss auch für die berufliche Erstausbildung gelten. In anderen europäischen Staaten ist dies unumstritten. Das schließt ein, dass die Unternehmen verpflichtet werden, einen finanziellen Beitrag zur Ausbildung zu leisten, der nicht nur in zusätzliche betriebliche, sondern auch in außerbetriebliche und schulische Ausbildungsgänge fließen soll. Grundlage für eine Reform der Ausbildungsfinanzierung muss die Zusammenstellung aller Kosten für die Ausbildung, die schon jetzt der öffentlichen Hand, also den Steuer- und Beitragszahlern entstehen, sein.

Rechtlich:

Mit kleinen Schritten zur großen Reform

Der große Wurf – ein gemeinsamer ordnungspolitischer Rahmen für alle Angebote der Berufsausbildung – braucht Zeit und erfordert eine umfassende Novellierung des Berufsbildungsgesetzes. Unterhalb dieser gesetzlichen Ebene, etwa durch Vereinbarungen zwischen Bund und Ländern und mit den Sozialpartnern, kann sofort mit Reformschritten begonnen werden: vor allem durch die Evaluierung der Qualität einzelner Angebote, das Umsteuern von berufsvorbereitenden zu voll ausbildenden Angeboten für Marktbenachteiligte, die Anrechnung der Berufsausbildungsvorbereitung auf die reguläre Ausbildung, die Anschlussfähigkeit verschiedener Ausbildungsgänge untereinander.

27. September 2003



Foto: transit-berlin/Christian v. Polentz

Testobjekt Berufsschule?

Streit in Hamburg um die Privatisierung der Beruflichen Schulen – ein Präzedenzfall?

In Hamburg liegen inzwischen die Gesetzesentwürfe vor, die der Wirtschaft erlauben sollen, die Beruflichen Schulen in ihrem Sinne umzugestalten. Neben der geplanten Privatisierung der Krankenhäuser und der Wasserversorgung soll auch der Bildungsbereich nach dem neoliberalen Konzept »weniger Staat« fit für den Markt gemacht werden. Der Rückzug des Staates aus öffentlichen Aufgaben findet jedoch nicht nur in Hamburg unter der Regie von CDU, FDP und Schill-Partei statt, sondern auch in anderen Bundesländern. Weltweite Tendenz ist, soziale Regelungen zu deregulieren und alle gesellschaftlichen Bereiche dem Markt, Wettbewerb und privaten Profit zu öffnen. Dieser Kurs beinhaltet die Umverteilung hin zu mehr privatem Reichtum und zu einer Verarmung der Kommunen,



Aus: *Junge Welt*, Berlin, Horst Bethge, 4.10.03

Bauzeichnerinnen und Betonwerker u.v.a. in der Ausbildung besetzen ihre Berufsschule in Hamburg

»Mit großer Empörung haben wir Schülerinnen und Schüler zur Kenntnis genommen, dass die Pläne für eine Privatisierung unserer Berufsschule über unsere Köpfe hinweg realisiert werden sollen. Wir als Kunden dieser Schule befürchten erhebliche Verschlechterungen, wenn in der Stiftung, die uns übernehmen soll, mehr Arbeitgebervertreter sitzen als Arbeitnehmervertreter. Keine Privatisierung der Berufsschulen, eine Ausbildung für alle, nicht nur für die Betriebe, keine Veränderung der Berufsschule ohne uns!« So zu lesen auf einem Flugblatt, das die Auszubildenden an einem Tag in der letzten September Woche vor ihrer Berufsschule verteilten.

In der anschließenden Vollversammlung mit Azubis des Hoch- und Tiefbaus, angehende Baustoffprüfer, Glaser, Isolierer, Kartografen und Vermessungstechniker, Bauzeichner, Betonwerker und Gebäudereiniger berichtet der Schulsprecher der Gewerbeschule Bautechnik in Hamburg Bergedorf:

»Wir sollen mit zwei benachbarten Berufsschulen ganz anderer Fachrichtungen zusammengefasst werden in ein Berufsbildungszentrum unter dem Dach einer Stiftung öffentlichen Rechts. Uns stößt übel auf, dass wir als betroffene Schüler nicht gehört und informiert werden. Wir befürchten, dass in den Gremien die Wirtschaft stärker vertreten ist als die Behörde. Ein Schülervertreter wird im Beirat sein, aber ohne Stimmrecht bei wichtigen Entscheidungen. Wir können mitbestimmen, wenn es bei der Renovierung um die Farbe geht, ob es rot oder blau wird. Wenn die blaue Farbe aber zwei Cent teurer ist, können wir nicht mit abstimmen, weil wir bei Kosten nicht mitentscheiden dürfen.«



Aus: *prekär Nr. 9*, Zeitung für die Beschäftigten in der Weiterbildung der GEW Hessen

Hamburgs neue Berufsbildungszentren

Die bisherigen 49 Beruflichen Schulen, deren Größe zwischen 50 und 120 Unterrichtenden lag, sollen durch Fusionen (2-4 Schulen) und Schulschließungen in etwa 15 große Berufsbildungszentren (BSH) mit jeweils ca. 200 – 250 Lehrern überführt werden. Die Struktur soll eine »für eine effektive Arbeit sinnvolle Überschaubarkeit (keine »Mammutzentren«) und für eine professionellere Leitung optimale Betriebsgröße« aufweisen, so der Senator. Vier Direktoren (u.a. ein kaufmännischer Leiter) sollen diese Zentren leiten. Die Steuerung erfolgt nach dem Prinzip des Kontraktmanagements unter Verwendung eines Globalbudgets. Die beruflichen Schulen werden auch in Zukunft vollständig durch den Staat finanziert. »In diesem Globalbudget sind insb. enthalten die Bezüge, Altersvorsorge, Investitions- und Unterrichtsmittel, Abschreibungen, Bauunterhaltungs- und Bewirtschaftungskosten.« Selbstverantwortung ist hier das Stichwort.

Zum Personal: Beamte bleiben Beamte, aber der Status der zukünftigen LehrerInnen ist noch nicht geklärt. »Quereinsteigern aus der Wirtschaft (soll) eine attraktive Beschäftigungsmöglichkeit geboten werden.« Die Mitarbeiter erhalten zukünftig »eine nach Leistung differenzierte Bezahlung.« Allerdings: »Die Bindung an die allgemeinen Ferien kann zur Disposition gestellt werden, um zu höheren Auslastungen zu kommen. ... Da die Lehrerarbeitszeit nach dem neuen Arbeitszeitmodell ohnehin als Jahresarbeitszeit erfasst (ist), lassen sich sehr individuelle Ferienregelungen erarbeiten.«

Weiterentwicklung!

Ein Teil der Schulgebäude und Grundstücke soll veräußert werden, denn die Immobilien werden Stiftungskapital, und irgendwoher muss das Geld ja kommen. Die Wirtschaft hat dem Senat zugesagt, das neue Berufsbildungssystem langfristig kostengünstiger zu gestalten. Damit sind in erster Linie Veränderungen des Bildungsangebots angesprochen, denn die neue Stiftung produziert - zunächst deutlich höhere - Kosten.

die schon jetzt bisweilen dramatische Ausmaße erreicht (z.B. in Berlin). Das allgemein- und berufsbildende Schulwesen ist gefährdet, häppchenweise privatem Gewinnstreben geöffnet zu werden, z.B. auch durch Verkauf von Schulgebäuden und deren privates Management. Im Bereich der Weiterbildung ist Bildung jetzt schon eine Ware und dem Konkurrenzkampf mit all seinen sozialen Folgeerscheinungen unterworfen. Eine stärkere Einbeziehung der Weiterbildung ins staatliche Berufsbildungssystem, die in der bundesweiten Diskussion von der GEW befürwortet wird, stellt die Dominanz der privatwirtschaftlichen Interessen in Frage. Dieses Reformbestreben wird konterkariert, wenn jetzt wie in Hamburg die berufliche Bildung unter die Regie der Wirtschaft gestellt wird. Die hier eingeleiteten Schritte sind in ihrer Radikalität in Deutschland einmalig. Nach dem ehrgeizigen Plan der Handelskammer soll Hamburg zum bundesweiten Privatisierungsvorreiter werden.

Ist nur Privatisierung drin, wo auch Privatisierung draufsteht?

Die Handelskammer Hamburg hat schon vor Jahren ihre bildungspolitischen Vorstellungen für das gesamte Schulsystem auf die Formel gebracht »Schulen wie Unternehmen führen« und einen programmatischen Text mit diesem Titel der Hamburger Öffentlichkeit präsentiert. Mit der Regierungsübernahme

durch CDU/Schill-Partei/FDP im September 2001 wurde der Einstieg in die Privatisierung der Beruflichen Bildung vorangetrieben. Im Rahmen der Pläne zur Haushaltskonsolidierung wurde die Überführung der Beruflichen Schulen in eine ›private Trägerschaft‹ angekündigt. Angeblich würden damit eine bessere Ausbildung und mehr Ausbildungsplätze gewährleistet als im bisherigen dualen System. Auf Grund der heftigen öffentlichen Reaktionen und auch wegen der gesetzlichen Fragwürdigkeit dieser Pläne wurde inzwischen der Begriff ›private Trägerschaft‹ und ›Privatisierung‹ fallengelassen, sowohl vom Bildungsminister wie auch von der Handelskammer. Es wird heftig dementiert, dass der Wechsel der Trägerschaft hin zu einer ›Stiftung des öffentlichen Rechts‹ eine Privatisierung sei. Nach wie vor sei die staatliche Aufsicht gemäß Art. 7 Grundgesetz gewährleistet, da die Behörde die Funktion der Rechtsaufsicht habe.

treter der Wirtschaft, 8 der Behörde, 2 Alibivertreter der Gewerkschaften, sowie doppeltes Stimmrecht des behördlichen Vorsitzenden und Letztentscheidungsrechts des Schulsenators) verhindert nicht den starken Einfluss der Wirtschaft, zumal der jetzige Schulsenator voll auf neoliberaler Linie agiert. Dort, wo unmittelbare und weitreichende Entscheidungen über die Arbeit in den Schulen getroffen werden, in den Lenkungsausschüssen der Schulen, haben die Vertreter der ausbildenden Unternehmen in den zentralen Fragen der Schulorganisation die Mehrheit.

Qualitätsverbesserung kein Thema

Diese radikale Umstrukturierung der Beruflichen Schulen in Hamburg erfolgt ohne eine vorherige Stärken-Schwächen-Analyse der Beruflichen Schulen. In der gesamten Planungsphase ging es nie um konkrete inhaltliche Fragen der Qualitätsverbesserung. Es fehlt jeglicher Nachweis, dass die Umwandlung in große Zentren für die Qualität des Lernens und der Schulorganisation, für die Besonderheiten pädagogischer Arbeit förderlich ist. In einer Zeit, wo in Betrieben eher ein Abbau von Hierarchie und Arbeitsorganisation in kleineren Einheiten ansteht, werden die Beruflichen Schulen zu großen anonymen Lernfabriken umgestaltet. Die Hierarchie wird nicht abgebaut, sondern in der Form der Stiftung wird eine neue Leitungsebene eingezogen. Wesentliche Entscheidungen für das schulische Leben, für die Lernorganisation, sind demokratischer Mitbestimmung entzogen. Der Leitgedanke von der Schule als Lernort der Demokratie hat ausgedient. Außerordentlich bedenklich sind die Pläne, die vollzeitschulischen Bildungsgänge aus den Beruflichen Schulen herauszunehmen und ins allgemeinbildende Schulwesen zu verlagern. Die GEW befürchtet einen massiven Abbau von Aus-

Aus taz Hamburg, 26.9.2003, Kaija Kutter

Seit Anfang September tingeln Vertreter der Unternehmensberatung ›Putz + Partner‹ durch die 48 Hamburger Berufsschulen, um Pädagogen und Ausbilder die Senatspläne zur Privatisierung schmackhaft zu machen. Am Ende eines jeden ›Workshops‹ dürfen die Zuhörer ›voten‹, wie sie die Sache finden. »Wir sammeln das hier. Nur an einer einzigen Schule haben die Ausbilder dafür gestimmt«, berichtet der Personalrat Bernd Viet. An den übrigen der 36 besuchten Schulen habe die große Mehrheit der Ausbilder dagegen votiert, ein paar weitere sich enthalten. Die Lehrer stimmten komplett gegen den Plan, die Führung ihrer Schulen künftig einem wirtschaftsdominierten Stiftungs-Kuratorium zu überlassen... Weil die Workshops so schlecht ankamen und auch eine für Montag extra zu diesem Thema angesetzte Deputationssitzung auf November verschoben wurde, frohlocken Kritiker, dass die Pläne scheitern. Laut Behördensprecher Alexander Luckow ist dem nicht so: »Da gerät nichts ins Rutschen«, erklärt er. Die Behörde lasse sich nur Zeit, die Workshops auszuwerten. An dem Ziel, die Stiftung im Sommer 2004 zu starten, ändere das nichts.

Fazit: Geändert haben sich die Sprachregelung und juristische Feinheiten bei der Konstruktion der Stiftung. In der Praxis wird die Inbesitznahme der Beruflichen Schulen durch die Wirtschaft ermöglicht. Die 48 Hamburger Beruflichen Schulen sollen in 16 bis 20 Berufsbildungszentren umgewandelt werden, deren Regie von einer Stiftung des Öffentlichen Rechts übernommen wird.



Foto: Robert Michel

Wirtschaft dominiert

Durch die Regie der Unternehmen können in den Beruflichen Schulen sowohl organisatorische Regelungen wie auch inhaltliche Fragen so geregelt werden, wie das die beteiligten Unternehmen wünschen. Es gibt zwar eine Aufsicht des Staates und die Regelungen der KMK müssen berücksichtigt werden, aber die Stiftung des öffentlichen Rechts als zukünftiger Träger der Beruflichen Schulen hat sowohl Dienstherreneigenschaft als auch Rechtssetzungskompetenz, z.B. für Prüfungen, Abschlüsse, Aufnahmebeschränkungen. Die formale Mehrheit im Vorstand der Stiftung (vorgesehen sind: 10 Ver-

Aus taz Hamburg, 6.10.2003, Eva Weikert Bildung geht nicht stiften

Angesichts des heftigen Widerstands von Betrieben, Kammern und Lehrern will Bildungsminister Rudolf Lange offenbar aus der Berufsschul-Stiftung aussteigen

Nach Informationen der taz ist Bildungsminister Rudolf Lange (FDP) bereit, die geplante Stiftung Berufliche Schulen zu kippen. Grund für den Rückzug ist die massive Ablehnung der Stiftung durch Betriebe und Pädagogen. Gut unterrichtete Kreise bestätigten, der Senator werde »zurückrudern«. Dem widersprach Langes Sprecher Alexander Luckow: »Das ist so nicht richtig.« Er räumte jedoch ein: »In welcher Form das Modell so bleibt, kann man jetzt noch nicht sagen.«.....

..... Die Vereinigung der Schulleiterinnen und Schulleiter an beruflichen Schulen zog jetzt schon Bilanz. In einer Stellungnahme heißt es: »Nur durchschnittlich zehn Prozent der registrierten Ausbildungsbetriebe nahmen an den Veranstaltungen teil. Die Beteiligung der Kolleginnen und Kollegen lag zwischen null und 95 Prozent (...). Eine Überführung der Beruflichen Schulen in eine Stiftung wird von den Betrieben mit großer Mehrheit, von den Kollegen einstimmig abgelehnt.« Die Pläne gingen in die »falsche Richtung«.....

.....In einem Brief der Bildungsbehörde an die Leiter der Berufsschulen vom 1. Oktober, welcher der taz vorliegt, werden die Pädagogen gebeten, sich am 27. Oktober für die »Beratung eines modifizierten Vorschlags der BSH-Strukturen (Berufliche Schulen Hamburg, Anm. d. Red.)« bereitzuhalten. »Da steht«, sagt Lehrer Kuhfeld, »kein Wort mehr von Stiftung«.

bildungsmöglichkeiten, der die Chancen für benachteiligte Jugendliche, eine berufliche Ausbildung zu machen, weiter verschlechtert.



21. Mai – 01. Juli 2003 Volksinitiative der Hamburger Bürgerinnen und Bürger.
BILDUNG IST KEINE WARE.
Volksinitiative gegen die Privatisierung der Beruflichen Schulen in Hamburg

GEW organisiert Widerstand

Eine wirkungsvolle und nachhaltige Reform der Beruflichen Schulen ist auf die Beteiligung der Lehrkräfte und der SchülerInnen angewiesen. Der jetzige Prozess geht über die Köpfe der Beteiligten hinweg, ignoriert ihren Sachverstand und ihre Erfahrung. Der Widerstand zeigt sich zur Zeit auf allen Ebenen. Die Gewerkschaften und die Personalräte als Vertretung der Beschäftigten, die Vertretungen der Eltern und Schüler (Eltern- und Schülerkammer) lehnen die vorliegenden Umstrukturierungspläne ab. Durch die Volksinitiative will die GEW, zusammen mit mehreren Bündnispartnern (DGB, attac, Schüler-, Eltern-, Lehrekammer, Deutscher Lehrerverband, Berufspädagogischer Fachbereich der Uni Hamburg), erreichen, dass diese Pläne zurück

genommen werden. Bisher wurden etwa 23.000 Unterschriften gesammelt (benötigt werden 10.000). Nach dieser erfolgreichen ersten Phase werden die nächsten Schritte folgen: Volksbegehren in 2004 und Volksentscheid in 2005. Einen Stopp der Privatisierungspläne wird es nur geben, wenn die Verteidigung der öffentlichen Verantwortung für Bildung breite Unterstützung in der Hamburger Bevölkerung findet. Das ist die Voraussetzung, um politischen Druck gegen eine Privatisierung zu erzeugen.



von Dr. Stephanie Odenwald

Vorsitzende der GEW Hamburg



Wer verkauft wen?

Der Liberalisierungswurm kriecht auch in Bayern rum.

z.B. Nürnberg

Begleitet vom Kämmerer, aber unter Ausschluss der betroffenen Schulleitung, Personalvertretung und Schülervertretung, hat Schulreferent Dr. Wolz, der »Vater« des Schuldemokratiekonzepts in Nürnberg, Verhandlungen zur Übernahme kommunaler beruflicher Schulen durch private Träger geführt. Erweisen sich damit die Beteuerungen

aus allen Stadtratsfraktionen als wertlos, keine Schulen schließen zu wollen?

Konkret: Die Übernahmeverhandlungen für die Berufsfachschule Altenpflege an B 7 durch die Diakonie Neuendettelsau sind weit fortgeschritten. Die Privatisierung bzw. Schließung der Fachakademie für Sozialpädagogik an B 7 soll folgen. Verhandlungen mit der SABEL-Schule über die Übernahme weiterer beruflicher Schulen der Stadt stehen bevor.

z.B. München

In München hat die Stadt die städtische Berufsoberschule Technik in diesem Jahr an den Freistaat abgegeben (oder verkauft?). Sie bekam zwar kein Geld, soviel ich weiß, hat aber jetzt weniger Personalkosten aus dem städtischen Haushalt für Lehrkräfte aufzubringen. Das Gebäude »betreibt« noch die Stadt, die Lehrkräfte sind jetzt »staatlich«. Ist der bayerische Staat ein Garant für öffentliche berufliche Bildung?

An unseren 3 neuen Berufsschulen (5 Jahre alt, damaliger Neubauwert rund 100 Millionen DM) an der Bergsonstrasse in München haben wir gegen Ende des vergangenen Schuljahres das gesamte Inventar in Listen neu erfasst, um den aktuellen »Ausstattungswert« zu ermitteln – so wurde uns die Aktion begründet. Wir haben noch nicht genauer nachgefragt.

Wir wollen auf unserer Schule eine 120 KW Fotovoltaikanlage bauen. Die Finanzierung ist mit einem Beteiligungsmodell vorbereitet. Wir haben die Zustimmung von (fast) allen dazu nötigen städtischen Stellen und dem Architekten. Der Bau konnte noch nicht beginnen, denn die Rechtsabteilung des Schulreferates prüft die Eigentumsfrage des Solarkraftwerkes auf dem jetzt noch »städtischen Dach« bei einem möglichen Verkauf der Schulanlage.

von Martin Gruber



Martin Gruber ist GEW-Vertrauensmann an der Berufsschule für elektrische Anlagen- und Gebäudetechnik in München. Unterstützt von Reinhard Bell, Fachgruppe Berufliche Schulen Nürnberg, hat er zum Thema Privatisierung der Beruflichen Schulen in Hamburg im Internet recherchiert. Die Ergebnisse finden sich in den Textkästen auf den letzten beiden Seiten. Eine Resolution der GEW-Fachtagung »Berufliche Bildung zwischen Hartz und PISA« folgt auf der nächsten Seite.

Internetquellen und interessante Internetadressen zum Thema:

<http://www.jungewelt.de/2003/10-04/015.php> • http://www.gew-nordhessen.de/prekaer/prekaer9_2003/Berufsschule/schule_wird_betrieb.htm • <http://www.abendblatt.de/daten/2003/10/07/215838.html?prx=1> • <http://www.taz.de/pt/2003/09/26/a0262.nf/textdruck> • <http://www.taz.de/pt/2003/10/06/a0206.nf/textdruck> • <http://www.dgb-jugend-hamburg.de/Volksinitiative/Index1.htm> • <http://www.gew-hamburg.de/hlz/0503/bildung.htm> • http://www.nord.dgb.de/show_archiv_id.php?id=300 • <http://www.mehr-demokratie.de/bu/nn/volksbegehren.htm#hamburg> • <http://christoph-gaebler.de/berufsschulen-1.htm#g13>

Lernfelder im beruflichen Schulwesen

Mit eher gemischten Gefühlen diskutierten die LehrerInnen für Fachpraxis/praktische Fachkunde auf ihrer diesjährigen Bundestagung die Einführung von Lernfeldern im beruflichen Schulwesen.



Foto: Mathias Thurm

In fast allen Bundesländern ist ihre Einführung inzwischen weitgehend vollzogen. Die meisten Bundesländer bilden wieder mehr FachlehrerInnen aus als bisher.

Die lange Jahre rückläufige Tendenz ist in den meisten Ländern gestoppt und hat sich in einigen Ländern bereits in einen Zuwachs umgekehrt. Die in allen Bundesländern erheblich geringer besoldeten Lehrkräfte für Fachpraxis unterrichten auch deutlich mehr Stunden als die KollegInnen des höheren Dienstes. Da theoretische und fachpraktische Inhalte nicht mehr, zumindest nicht mehr eindeutig, zu trennen sind, werden die LehrerInnen für Fachpraxis in einigen Ländern nun als preiswerte Alternative für die KollegInnen des höheren Dienstes missbraucht. Die schon in der Vergangenheit fragwürdige dienst- und besoldungsrechtlich unterschiedliche Eingliederung in gehobenen und höheren Dienst erscheint beim Einsatz im Lernfeld völlig willkürlich.

Eine Sonderrolle nimmt das Bundesland Bayern ein. Bei der Vorstellung der neuen Lehrpläne nach Lernfeldern z.B. im Backbereich, wurde innerhalb der Lernfelder ein Bereich fpL gesondert ausgewiesen. Nur in diesen Bereichen sei die Fachlehrkraft einzusetzen, führte die Referentin bei der Vorstellung der neuen Lehrpläne aus. Sie musste darauf hingewiesen werden, dass die bayerischen FachlehrerInnen über eine erworbene Lehrbefähigung auch für Fachtheorie ver-

fügen. Zumindest für die Lehrpläne im Backbereich würde diese Ausweisung einen reduzierten Anteil fachpraktischer Lerninhalte und einen reduzierten Einsatz von FachlehrerInnen bedeuten. Die bisherige Stundentafel weist 6 Stunden Fachunterricht aus, 1 Stunde Fachrechnen, 2 Stunden Fachtheorie und 3 Stunden Praktische Fachkunde mit Fachzeichnen. Die fachpraktischen Lerninhalte betragen somit bisher 50% des Fachunterrichts. Die neue Verteilung sieht bei 240 Stunden Fachunterricht nur noch 100 Stunden fachpraktische Lerninhalte vor. Die fachpraktischen Lerninhalte würden demnach um knapp ein Fünftel reduziert. Noch drastischer zurückgefahren würde nach dieser Sichtweise der Einsatz der FachlehrerInnen von bisher möglichen rund 84 Prozent auf etwa 42 Prozent des Fachunterrichts. Unter den Stichworten fächerübergreifend und handlungsorientiert würden wir uns von der Praxis entfernen und den Einsatz der Lehrkraft mit Meisterprüfung und praktischer Berufserfahrung reduzieren.

Die Einführung von Lernfeldern und das handlungsorientierte und fächerübergreifende Unterrichten sind uneingeschränkt zu begrüßen. Mit diesen gewerkschaftlichen Forderungen wurde ich als junger Fachlehrer vor über 25 Jahren erstmals auf einer GEW-Veranstaltung in Kempten konfrontiert und freue mich, dass sie nun endlich verwirklicht werden. Für uns Lehrkräfte bedeutet diese Reform viel Arbeit. Sie verlangt Engagement, Teamfähigkeit und Offenheit bei allen Beteiligten und manchem Kollegen und mancher Kollegin wird die Neuorientierung sicher nicht leicht fallen.

Es wäre schade, wenn die Chancen dieser Reform unter finanz- und standespolitischen Interessen zu leiden hätten.

von Toni Hartl

Gewerblicher Fachlehrer für Backberufe
e-mail: Fuddelpitsch@aol.com



Resolution der Leipziger GEW-Fachtagung vom 26./27.9.2003

Keine Privatisierung der Beruflichen Schule, denn Bildung ist keine Ware

Die TeilnehmerInnen der GEW-Fachtagung »Berufliche Bildung zwischen Hartz und PISA«, lehnen eine Umwandlung der staatlichen beruflichen Schulen in Hamburg - oder anderswo - in eine Stiftung des öffentlichen Rechts als Entstaatlichung und Schritt zu einer Privatisierung ab.

- Der Staat zieht sich aus seiner Verantwortung für Bildung zurück. So soll die Berufsschule wirtschaftsnäher werden. Die Vertreter der ausbildenden Betriebe haben in zentralen Fragen die Mehrheit. Damit wird die bewährte Balance des dualen Systems der Berufsausbildung zugunsten der privaten Wirtschaft grundlegend verändert.
- Die Rechtsformänderung der beruflichen Schulen in Hamburg wird u.a. mit einer Steigerung der Attraktivität des dualen Systems begründet, um so angeblich mehr Ausbildungsplätze zu schaffen.

- Die Rechtsformänderung wird jedoch zu einem Qualitätsverlust der berufsschulischen Ausbildung führen, Mitwirkungsrechte der Beteiligten einschränken und die Einrichtung unterwertiger Beschäftigungsverhältnisse ermöglichen, die die soziale Situation der Beschäftigten verschlechtern.
- Der Entwurf des Stiftungserrichtungs-gesetzes ist zudem offensichtlich verfassungsrechtlich bedenklich.

Die Teilnehmer der Fachtagung begrüßen daher die Gründung eines Berufsbildungsbündnisses in Hamburg, das eine Volksinitiative »Bildung ist keine Ware« gestartet hat. Bisher haben ca. 25 000 Bürger in Hamburg diese Initiative mit ihrer Unterschrift unterstützt. In Hamburg soll als erstes der Vorstoß gemacht werden, einen Schulbereich aus der staatlichen Verantwortung herauszubrechen und damit Bildung als Ware auf dem Markt zu lancieren. Dies muss auf jeden Fall verhindert werden.

Zukunft der Bildung in München

Es wird wieder gewählt – jedoch ohne Wahlkampf. Der Stadtrat der Landeshauptstadt München wählt im Januar einen Großteil seiner Referentinnen und Referenten neu. Dabei werden die für die Bildungspolitik wichtigen Ämter des Stadtkämmerers und der Stadtschulrätin vergeben.

Die ›Stadtministerwahl‹ hat weitreichende Konsequenzen und sollte deshalb nicht hinter verschlossenen Türen stattfinden. Denn als interessierte Öffentlichkeit erwarten wir Transparenz bei der Auswahl der Personen und vor allem Diskussion um die Inhalte einer Politik, die die Zukunft der Kommune bestimmen wird.



Konsolidierung ...

Haushaltskonsolidierung ist zum Zauberwort der kommunalen Bildungspolitik in München geworden. Einsparung heißt die Devise von Oberbürgermeister, Kämmerer und Stadtrat, und entsprechend wird Runde um Runde gekürzt. Und dabei ›Kapital‹ verschleudert.

Das ›Kapital‹, das sich die Schulstadt München in 100-jähriger Tradition erarbeitet hat und das sie immer wieder zum Vorbild, insbesondere im Bereich der beruflichen Bildung, werden ließ, das sie führend werden ließ bei der Errichtung von Mädchenschulen in Bayern und später bei der Durchsetzung der Koedukation. Die Gesamtschule mit ihrem Ganztagesangebot, die Entwicklung der weiterführenden beruflichen Bildungsangebote als zweite Chance sind in den letzten 30 Jahren als neue Einrichtungen hinzugekommen.

Dem Streichkonzert fällt aber nicht allein die Tradition zum Opfer, sondern Stück um Stück auch die hohe Attraktivität der Landeshauptstadt als Wirtschaftsstandort, wenn die Breite des Bildungsangebots verengt wird.

... ohne Konzeption

Die Referentin kommt den Aufforderungen zur Kürzung – zähneknirschend – weitgehend nach. Gespart wird mit Kalkül zunächst da, wo der geringste Widerstand vermutet wird, im weiterführenden beruflichen Schulwesen an erster Stelle. Insgesamt aber vermittelt die kommunale Schul-

politik den Eindruck, ohne jede Konzeption den Rotstift willkürlich an der einen oder anderen Stelle anzusetzen. Eine langfristige Konzeption für die Entwicklung der kommunalen Bildungslandschaft ist nicht erkennbar, Entscheidungen werden kurzfristig getroffen und mit notdürftig nacheilender Detailnachsteuerung umgesetzt, ohne Berücksichtigung der Bedarfsorientierung am Wirtschaftsstandort der Region München.

Für die bei der Landeshauptstadt München beschäftigten Kolleginnen und Kollegen stellt sich die Frage, ob nach der bevorstehenden ReferentInnenwahl alles in gewohntem planlosen Kürzungsgang weiter gehen soll, welche Schulen wann die nächsten sein sollen, deren Existenz in Frage gestellt wird oder die die einschneidenden Sparbeiträge aufbringen sollen. Immerhin, es geht dabei nicht allein um Arbeitsbedingungen an einzelnen Schulen, sondern bereits um die ›Verstaatlichung‹ kommunalen Lehrpersonals mit einschneidenden atmosphärischen (die staatliche Hierarchie), organisatorischen (Schulstandorte) und finanziellen (Beförderungsmöglichkeiten) Auswirkungen für die Lehrkräfte. Die ehemals städtische BOS Technik erfährt diesen Prozess gerade.

Aus dem Schulreferat hört man zu diesen Zukunftsfragen nichts außer den Hinweisen auf weitere Summen, die eingespart werden müssen. Was, wenn nicht die bevorstehenden Wahlen, könnte die Stadtschulrätin dazu bringen, endlich eine offene Diskussion darüber zu beginnen, wo warum wie gespart werden soll?

Offene Diskussion ist nötig

Grundlage einer solchen Diskussion müsste eine Konzeption sein, die deutlich macht, welche Bildungspolitik die Kommune in der Zukunft leisten will und leisten kann. Gerade in Zeiten leerer Kassen ist die Entwicklung und Offenlegung von Perspektiven kommunaler Bildungspolitik unabdingbar, um den Bedürfnissen der Wirtschaftsregion München gerecht zu werden, unabdingbar, um sich den Beschäftigten gegenüber fair zu verhalten.

Der bildungspolitische Arbeitskreis der GEW München, spricht deshalb im Folgenden einige Essentials und Handlungsfelder an, die für die Gestaltung der Zukunft des Bildungswesens berücksichtigt werden müssen:

1. Die Kernfrage lautet: Welche Art von Schulen brauchen Stadt und Region eigentlich? Denn dass Bildungsnachfrage nicht an den Stadttoren aufhört, dürfte inzwischen



allen Beteiligten klar geworden sein. Welche Bildungsnachfrage gibt es von Seiten der Schüler/innen in welchen Bereichen und wie lässt sie sich für eine mittelfristige Zeitspanne befriedigen? Erst auf der Grundlage einer Analyse des Bedarfs lassen sich wichtige bildungspolitische Entscheidungen legitimieren.

Was für eine Bildung fragt die Wirtschaft nach? Die Feststellung der IHK, dass auf dem Arbeitsmarkt in der Region München ebenso viele Absolventen des dualen Ausbildungssystems wie Absolventen der Hochschulen nachgefragt werden, zeigt die große Lücke

Welche Angebote muss das Bildungssystem machen, um Jugendlichen ohne Ausbildungsplatz eine Chance für den

Arbeitsmarkt zu gewähren? Welche Angebote bedarf es, um sozial benachteiligten Schülerinnen und Schülern alle Wege des Bildungssystems offenzuhalten?

II. Erst nach eingehender Analyse des Bedarfs kann der Frage nachgegangen werden, welche finanziellen Ressourcen für die Schulen gebraucht werden und wie sie sich aufbringen lassen.

Angesichts knapper Kassen lässt sich nur durch Verhandlungen eine Lösung finden, die Stadt und Staat, Landkreise und Umlandgemeinden und auch die Organisationen der Wirtschaft einbeziehen müssen. Für Konfrontation auf Kosten der Schülerinnen und Schüler ist die Lage zu ernst.

III. Mit kurzfristiger ›Rentabilität‹ können Bildung und Schule nicht betrieben werden. Im Gegenteil geht es darum, die Bildungsnachfrage vollständig auszuschöpfen, um bestmöglich qualifizierte junge Menschen auf dem Arbeitsmarkt unterzubringen. Das fängt bei ausbildungslosen Jugendlichen an, die bisher schon mit produktorientierten Ansätzen und sozialpädagogischer Unterstützung Chancen auf dem Lehrstellenmarkt erwerben sollten. Aber dieser Ansatz reicht sicher nicht aus, um eine nachhaltige Qualifizierung zu erreichen. Die Ersetzung des fehlenden Lehrstellenangebots durch Berufsfachschulen muss hinzukommen, um Jugendlichen realistische Chancen zu vermitteln. Das spart Geld an anderer Stelle. Das gleiche Prinzip gilt für die

Wirtschaftsschulen, die Fach- und Berufsoberschulen. Es kann nur darum gehen, bildungswilligen Jugendlichen Bildung anzubieten statt sie abzuschrecken.

Dazu bedarf es der Koordination des Bildungsangebots in der Region und mit dem Freistaat.

IV. Die Kommune hat ein riesiges Vermögen an Schulhäusern, Räumen und Werkstätten, und sie kann auf die fachlichen und pädagogischen Fähigkeiten ihres Lehr-

personals zählen. Deshalb muss sie nach Feldern suchen, neben der beruflichen Erstausbildung auch kostendeckende Weiterbildungsangebote zu platzieren (vgl. Solarteur). Erst- und Weiterbildung müssen

vernetzt werden und mit einem durchdachten Bildungsangebot bei entsprechender gemeinsamer Finanzierung die Bedürfnisse von Stadt und Region befriedigen. Dies schafft Synergieeffekte für die Lehrkräfte und bietet Zukunftschancen für die Zeit nach 2008, wenn die Schüler/innenzahl im beruflichen Bereich zurückgehen wird.

Gleichzeitig ist es notwendig, das Nebeneinander zwischen Weiterbildungsangeboten der Münchner Volkshochschule, dem Personal- und Organisationsreferat und dem pädagogischen Institut zu koordinieren, schon allein deshalb, um Doppelangebote zu vermeiden und Ressourcen zu schonen. Hinzu kommt, dass es für die städtischen Mitarbeiter/innen sicher eine Bereicherung und Horizonterweiterung darstellen wird, ressortübergreifend Probleme kennen zu lernen und zu lösen.

V. Die Verwaltungsreform muss weitergeführt werden, indem die Dezentralisierung ernsthaft durchgesetzt wird und nicht auf halbem Weg vom Personalreferat zu den Schulen im Schulreferat stehen bleibt. Dabei geht es in erster Linie um Personalkompetenzen, die bei den Schulen endlich ›ankommen‹ müssen. Die Transparenz und Effektivität bei der Nachbesetzung von offenen Lehrer/innenstellen muss im Interesse aller Beschäftigten und der Bildungseinrichtungen gesteigert werden.

Dazu bedarf es endlich des Aufbaus von Stellenbörsen im Intranet. Nur über einen offenen Markt kommen Nachfrager und Anbieter sinnvoll zusammen, kann die Flexibilität des Arbeitsplatzes erhöht werden.

Und schließlich erwarten wir, dass die stadtweiten Grundsätze von Führung und Zusammenarbeit auf allen Ebenen der Schule und der Schulverwaltung authentisch gelebt und nicht nur in Hochglanzbroschüren publiziert werden.

Für den Bildungspolitischen Arbeitskreis
des GEW-Stadtverbandes München
Barbara Schreyögg



Lerne deine(n) neue(n)/alte Chef(in) kennen!

Die Fachgruppe Berufliche Schulen des GEW Stadtverbandes München plant zur ReferentInnenwahl eine Veranstaltung. Zur aktiven Mitarbeit seid ihr recht herzlich eingeladen.

Kontakt: Barbara Schreyögg 089-272 16 19, bschreyoegg@hotmail.com

Termin und Ort der Veranstaltung finden sich zu gegebener Zeit auf der Homepage des GEW-Stadtverbandes München:

www.gew-muenchen.de





VW stellt Ausbildung vom Kopf auf die Füße

Nikolai sitzt am Lenkrad eines neuen Golf, um die Zentralverriegelung zu reparieren. Christoph und Andre blicken ihm über die Schulter und diskutieren mit Niko-

lai über die Ursache des Ausfalls der Zentralverriegelung. Sie überprüfen die Sicherung und studieren den Stromplan. Sie sind drei von über 3500 Auszubildenden, die nach der neuen geschäfts- und arbeitsprozessbezogenen Berufsausbildung (GAB) bei Volkswagen ausgebildet werden.

Lernen in betrieblicher Realität

Raus aus der Lehrwerkstatt, rein in die betriebliche Realität ist das Motto. Die drei Auszubildenden arbeiten gerade in der Ausbildungswerkstätte an einem VW Golf – vor GAB war das eine Seltenheit. Jetzt werden bei Volkswagen die Ausbildungsinhalte an der realen Facharbeit und damit stärker an den realen Geschäfts- und Arbeitsprozessen orientiert. In der knapp vierjährigen Modellversuchsphase von GAB wurden zu Beginn Experten-Facharbeiter-Workshops abgehalten, um die derzeit und zukünftig benötigten Qualifikationen zu beschreiben. In einem von vielen Workshops sammelten je fünf Facharbeiter aus Presswerk, Rohbau, Montage und Lackiererei, die selbst als Werkzeugmacher, Elektromonteur und Elektrofacharbeiter arbeiten, die Inhalte und die Aufgaben eines Mechatronikers bei VW. Im Rahmen von Voruntersuchungen hatte sich ergeben, dass sich bei einer Ausrichtung der Berufsausbildung auf Geschäfts- und Arbeitsprozesse eine Konzentration auf einige wenige, ausgewählte Industrieberufe anbietet. Daher verblieben in GAB nur noch die Berufe des Industriemechanikers, des Industrieelektronikers, des Werkzeugmechanikers, des Automobilmechanikers, die kaufmännischen Berufe und in einem Werk der Mechatroniker. Mit dem Prinzip »Lernen am und im Arbeitsprozess« wurden integrierte Berufsbildungspläne entwickelt, die gleichermaßen den betrieblichen und den schulischen Lernort, aber auch die Besonderheiten jedes Lernorts berücksichtigen. Dies verlangt veränderte Arbeitsweisen bei den Ausbildern: Einerseits bedeutet dies, für die Ausbildung Produktions- und Dienstleistungsaufgaben zu akquirieren, andererseits die Ausbildung selbst noch stärker in den Fach- und Fertigungsbereichen durchzuführen: also raus aus den Lehrwerkstätten, rein in die betriebliche Realität. Die Auszubildenden arbeiten an geeigneten Facharbeitsplätzen lernend mit.

VW kennt da keine Tabus: Azubis arbeiten in der Endkontrolle der verschiedenen Autos genauso mit wie beim Ankauf und der Aufbereitung von Unfallfahrzeugen für den Fuhrpark der VW Coaching GmbH, in der bei VW die Ge-

schäftsfelder Aus- und Weiterbildung, Coaching, Managemententwicklung und die AutoUni gebündelt sind.

Partner Berufsschule

Von Anfang an waren die örtlichen Berufsschulen gleichberechtigter Partner.

Durch die gemeinsame Entwicklung integrierter Berufsbildungspläne und die curriculare Integration der Ausbildungsplätze in diese Berufsbildungspläne profitiert auch der schulische Lernort. Die Berufsschulen können auf diese Weise Anschluss an die moderne Facharbeit einschließlich ihrer Organisationsformen bekommen. GAB fördert von Anfang an die Integration von Fähigkeiten und Wissen der Azubis. Diese betrieblichen Bildungs- und Qualifizierungsprozesse fördern die Person als ganze, was zuvor nur für den Bildungsanspruch der Berufsschule galt.

Gemeinsame Basis für Ausbildung und Berufsschule sind die Formen der modernen Facharbeit, die über Kernarbeitsprozesse definiert werden.

Manfred Huschka, Projektleiter des schulischen Teils des Modellversuchs GAB, sieht viele Vorteile für die Berufsschule. Die Lehrkräfte können die Geschäfts- und Ausbildungsarbeitsprozesse in einem großen Ausbildungsbetrieb kennen lernen und so ihre Fachkompetenz erweitern, die genaueren Absprachen zwischen Betrieb und Berufsschule schaffen auch Synergien zwischen den beiden Ausbildungsorten. Aus seiner Sicht profitieren auch Handwerksbetriebe von der neuen Ausbildung: Entscheidend sind für die Berufsschule die Prozessketten, d.h. im Mittelpunkt stehen vollständige Handlungen, also von der Planung des Produkts bis hin zur Übergabe an den Kunden. Für Huschka ist das gemeinsam entwickelte Berufscurriculum zwischen Betrieb und Berufsschule eine Revolution: »Es ist Neuland für die Berufsschulen, so eng mit dem dualen Partner zusammenzuarbeiten.« Die BerufsschullehrerInnen haben ihre Fachkompetenz enorm erweitert, auch wenn die stärkere Kooperation mit den Ausbildern für manche Berufsschullehrer eine enorme Umstellung war, denn in den letzten Jahren hatten sich die beiden Lernorte Berufsschule und Betrieb doch voneinander entfremdet. Der Vorteil von GAB: »Der Entfremdungsprozess wurde zurückgefahren, Berufsschule und Ausbildung arbeiten am gleichen Lernträger, nicht zeitgleich, aber zeitnah. Die Prozesse wie sie im Betrieb stattfinden, spiegeln sich auch im schulischen Alltag wieder.« so Projektleiter Huschka.

Umstellung für alle Beteiligten

Für die Auszubildenden war GAB anfangs auch eine schwierige Umstellung, denn sie sind von Anfang an stärker gefordert. Michelle Rose, Vorsitzende der Gesamtjugendvertretung, unterstützt die neue Ausbildungskonzeption. Sie

wird jetzt von den Auszubildenden gut angenommen, bei Schwierigkeiten verhandelt sie mit ihren KollegInnen von der Gesamtjugendvertretung direkt mit der Leitung der Coaching GmbH. Die engagierte Arbeit zahlt sich auch für die IG Metall aus: fast 100 Prozent aller Auszubildenden quer durch die Berufe sind Gewerkschaftsmitglieder.

Doch auch für die Ausbilder bei VW gab es kräftige Umstellungen. Gerhard Barthel vom Arbeitgeberverband Gesamtmetall begrüßte bei der Abschlusstagung in Wolfsburg die Ausbilder aus den »Kuschelecken« der Ausbildungswerkstatt hinausgegangen zu sein.

Ähnlich wie für die BerufsschullehrerInnen bedeutete die Einführung von GAB für die Ausbilder eine kräftige Umstellung, denn das Lernen am Ort der Produktion oder anderer Abteilungen forderte eine gesteigerte Flexibilität und die Fähigkeit, mit den knapp 1750 Ausbildungsbeauftragten zu kooperieren. VW hat gezeigt, dass dies möglich ist.

GAB beeinflusste auch die geplante Neuordnung der Metall- und Elektroberufe, eine stärkere Konzentration auf Grundberufe ist geplant, auch wenn sicher noch ein paar

systematische Ungereimtheiten bleiben. Auch der Arbeitgeberverband Gesamtmetall unterstützt die Konzeption von GAB: Fachkräfte müssen breit eingesetzt werden können, es muss aber auch die Chance zur betrieblichen Spezialisierung geben.

Veränderte Ausbildungskonzeptionen verlangen modifizierte Prüfungen: während des Modellversuchs konnten die Prüfungen entsprechend des tatsächlich Gelernten gestaltet und vor den Kammern abgenommen werden. Auch traditionelle Prüfungen bei den Kammern verändern sich langsam: Die Wahlmöglichkeit zwischen der bisherigen Prüfungsform und einer an den Arbeits- und Geschäftsprozessen orientierten Prüfung, bei der nicht nur Fakten, sondern auch Kompetenzen gefragt werden, soll nun spätestens Ende 2004 überall möglich sein.

von Gerhard L. Endres

Theologe/freier Journalist
glendres@aol.com



Die Ergebnisse finden sich unter: www.gab.uni-bremen.de
www.bbs.nibis.de • www.vw-coaching.de

Betriebs- und praxisnah wohin?

Feilen, feilen, feilen und noch mal feilen. Und das, was dabei rauskommt, fliegt auf den Müll. Generationen von Lehrlingen/Auszubildenden kennen die dabei wachsende Frustration.

Insofern ist der Weg von der Lehrwerkstatt, in der nur für die Schrottonne geübt wurde, hin zu einer praxisnahen Ausbildung vor Ort in Zusammenarbeit mit den Facharbeitern grundsätzlich zu begrüßen. Methoden- und Sozialkompetenz lässt sich so viel besser erwerben. Und die Motivation ist größer, wenn die eigene Arbeit als sinnvoll erachtet wird.

Aber setzen die Großbetriebe auf betriebs- und praxisnahe Ausbildung, um ihre Azubis zu motivieren?

Azubis, die in den normalen Geschäfts- und Arbeitsprozess voll integriert sind, können eine billige »mobile Reserve« bilden für Zeiten, in denen die Produktion kurzfristig erhöht werden muss. Und wer garantiert dann eine planmäßige Ausbildung?

Und wer garantiert in der heutigen Zeit, dass nicht demnächst immer mehr Ausbildungsabteilungen – wie alle anderen Abteilungen auch – als Profitcenter organisiert werden, deren Existenz davon abhängt, ob sie Gewinne erwirtschaften? (Bei Siemens z.B. ist das jetzt schon der Fall.)

Das Beispiel Siemens:

Siemens – lt. Handelsblatt der Konzern mit den meisten Auszubildenden in Deutschland – plant, große Bereiche seiner bisher »normalen«, also staatlich anerkannten Ausbildungsgänge zu Gunsten eigener Ausbildungsgänge abzubauen. Dazu betreibt Siemens eigene Technik-Akademien (TA), in denen junge Leute mit Mittlerer Reife oder Abitur ein Kurzstudium durchlaufen. Sie werden zu »Technischen AssistentInnen« ausgebildet.

»Die zweijährige Ausbildung der TA ist durch hohen Praxisbezug eng an die technische und wirtschaftliche Realität im Konzern gekoppelt, den wissenschaftlichen Elfenbeinturm mancher Hochschulen sucht man hier vergebens. Siemens weist denn auch entsprechend stolz darauf hin, dass die Inhalte jährlich zu rund 25 Prozent wechseln. Das Ziel für den erfolgreichen Absolventen einer der verschiedenen Fachrichtungen für Industrietechnologen – Automatisierungs-, Energie-, Daten- und Nachrichtentechnik sowie Prozessdatenverarbeitung, Kommunikation, Wirtschaft, und Mechatronische Systeme – ist es, die »rechten« Ingenieure »auf hohem technischen Niveau von Routinearbeiten zu entlasten«. Im Vordergrund der Tätigkeiten in einem Spektrum von Forschung, Entwicklung, Fertigung, Projektierung, Vertrieb und Inbetriebsetzung steht dabei selbständiges Arbeiten; im Idealfall wächst der TA-Absolvent im Laufe seines Berufslebens in vollwertige Ingenieursaufgaben hinein.« (Siemens-Homepage der IG Metall: www.igmetall.de/Siemens > Aus- und Weiterbildung > STA: Ahnung von Technik)

Und wo liegt das Problem?

Auf einer Veranstaltung des NCI (Netzwerk der von Kündigung betroffenen und bedrohten Siemens-KollegInnen) im Rahmen der Aktionswoche des Sozialforum München berichteten die Siemens-KollegInnen, dass von den Entlassungen bei Siemens ganz viele Ingenieurassistentinnen mit bis zu 20jähriger Betriebszugehörigkeit betroffen seien. Diese erfahren dann auf dem Arbeitsamt, dass sie nicht vermittelbar sind. Denn sie haben keinen anerkannten Berufsabschluss und können demzufolge nur als Angelehrte vermittelt werden.

von Karin Just

Auch praxisnah? aus einem Bericht der SZ vom 2. Januar 2003 über eine Silvesterfeier im Hotel »Bayerischer Hof« in München:

»Am konventionellsten ... geht es im Festsaal zu. Hier laben sich die Gäste für 165 Euro pro Person an einem überdimensionalen Büffet, bei welchem es passieren kann, dass einen die Speisen mit einem freundlichen »Guten Abend« begrüßen. Die Speisen? Bei näherem Hinsehen offenbart sich, dass Äpfel und Birnen vier junge Damen schmücken, die auf dem unter Leckereien schier berstenden Tisch Platz genommen haben – allesamt Azubis des Hauses, die auf diese Weise einen ungewöhnlichen Sylvesterabend verbringen.«



Foto: Bert Butzke

ErzieherInnenausbildung an die Hochschule?

Das Qualifikationsniveau der ErzieherInnenausbildung liegt in der BRD im Vergleich zu Europa insgesamt zu niedrig. Wir haben in der Fachgruppe sozialpädagogische Berufe in der GEW Bayern die Aufstockung und Vertiefung der Ausbildung bereits vor 25 Jahren gefordert.

In Bayern führt speziell der neu eingeschlagene Weg zu einer weiteren Niveausenkung, da die etwas stärkere Vertiefung im »Sozialpädagogischen Seminar« (SPS) nicht als minimales Zusatzelement kommt, sondern wegen der Kostenneutralität voll zu Lasten der Kernausbildung geht.

Die gesamte schulische Struktur der heutigen Fachakademieausbildung steht einer professionellen erwachsenengerechten ErzieherInnenausbildung im Wege: die Unterordnung unter die Schulordnung, die Arbeitszeitregelung der Lehrenden, die Beibehaltung der Einzelfächer, die vorgeschriebenen Formen der Leistungsbewertung u.v.a. wären da aufzuzählen. In all diesen Punkten, und auch bei der Ausbildungsdauer, wäre eine *Angleichung* an die Fachhochschule dringend erforderlich.

Dennoch greift die bloße Forderung »ErzieherInnen-ausbildung an die Hochschule« zu kurz.

Vor allen weiteren planlosen Änderungen müsste endlich die Forderung erfüllt werden, ein neues, realitätsgerechtes Berufsbild (Anforderungsprofil) zu erstellen, aus dem eine Ausbildung zum/zur ErzieherIn abzuleiten wäre. Dies ist bisher noch nie geschehen.

Vorteile und Nachteile

Die beruflichen Ausbildungen an unseren (Fach)Hochschulen sind, gerade auch im sozialpädagogischen Bereich, mindestens genauso dringend reformbedürftig wie die gegenwärtige ErzieherInnenausbildung.

Wenn viele Gespräche mit unseren AbsolventInnen ergeben, dass sie sich in einem späteren FH-Studium teilweise eher unterfordert, zumindest aber nicht stark weitergefordert sehen, spricht das kaum für dessen große Überlegenheit.

Noch immer lässt sich etwas zugespitzt sagen, dass die FH sicherlich im Bereich der theoretischen Reflexion und Vertiefung – auch aufgrund der Studiendauer – der Fachakademieausbildung ein Stück voraus ist. Dass diese hinge-

gen im »praktischen« Bereich, z.B. Kunst, Werken, Musik, Sport, Medienarbeit u.a. dem FH-Studium meines Erachtens immer noch deutlich mehr anbietet.

Die Arbeitsformen, die Leistungsformen u.v.a. eines Studienbetriebs sind sicherlich erwachsenengemäßer und – zumindest theoretisch – eher geeignet, auch Selbstständigkeit und Selbstbestimmung zu fördern als die verschulte Fachakademie. Andererseits hat die größere Überschaubarkeit, der meist kürzere Draht zwischen Lehrenden und Studierenden, häufig auch die gebotene Ausstattung u.ä. große Vorteile gegenüber dem Massenbetrieb, wie er sich an einer Reihe von FHs findet.

Voraussetzungen schaffen!

Zu klären wären zudem die Möglichkeiten eines Studienzugangs. Ich meine nicht, dass klassische AbiturientInnen für diese Berufstätigkeit automatisch am geeignetsten sind. Aus meiner Sicht wäre also zu fordern, dass zunächst einmal die Durchlässigkeit im Schul- und Ausbildungssystem so erhöht wird, dass der Studienzugang auch für diejenigen möglich wird, die heute zum großen Teil die Fachakademien besuchen.

Und natürlich wäre auch zu klären, wie die vorhandenen räumlichen, materiellen und v.a. auch personellen Kapazitäten auch nach einer Veränderung der Ausbildung zum Wohle aller eingesetzt werden können. Eine Erweiterung des Massenbetriebs an den FHs kann schließlich auch niemand ernsthaft wünschen.

Es wäre allerdings längerfristig auch ein Konzept für die Ausbildung derjenigen zu entwickeln, die in Zukunft in der Ausbildung bzw. den Ausbildungen als Lehrende arbeiten sollen. In diesem Punkt ist die Situation im Augenblick äußerst unbefriedigend.

Voraussetzung ist allerdings, dass zunächst genügend Druck auf die politisch Verantwortlichen aufgebaut werden kann, ihre Phrasen über die Bedeutung von Bildung und Erziehung endlich in entsprechende Taten, einschließlich finanzpolitischer Prioritäten umzusetzen.

Und dies schließt auch die Träger der sozialpädagogischen Einrichtungen mit ein. Ein Ausbau der ErzieherInnenausbildung, in welcher Weise auch immer, würde natürlich zu einschneidenden Änderungen im Tarifgefüge dieses Tätigkeitsbereichs führen. Und solange keiner der Verantwortlichen bereit ist, diese Konsequenz zu tragen, bleibt die Diskussion ohnehin eher müßig.

von Fritz Köbler

Dozent an der Fachakademie für Sozialpädagogik in Höchststadt/Aisch; langjähriger Koordinator für Fragen der sozialpädagogischen Ausbildung im Landesverband Bayern der GEW



Neue alte Richtlinien zur dienstlichen Beurteilung?

Wie und wann das Beurteilungssystem geändert wird, sei offen, sicher sei dagegen, »dass diesmal alle Beteiligten in den Entscheidungsprozess einbezogen werden sollen.« So resümierte die Bayerische Staatszeitung Ende 2002 nach einer »Expertenanhörung zur Beamtenbeurteilung« im November 2002. Zeitgleich war im »Lehrerinfo« des Kultusministeriums, das alle bayerischen Lehrerinnen und Lehrer erhalten, zu lesen: »Das KM erarbeitet zur Zeit unter breiter Beteiligung von Verbänden, Hauptpersonalrat und Vertretern der Wirtschaft neue Richtlinien für die Beurteilung der staatlichen Lehrkräfte und wird diese zu Beginn des Jahres 2003 in die Ressortabstimmung geben.« Weder das eine noch das andere traf so ein.

Foto: Mathias Thurm

Einbeziehung aller Betroffenen?

Tatsächlich wurde die GEW ein einziges Mal, zusammen mit Vertretern der Verbände, im Juni 2002 zu einem ersten unverbindlichen Gedankenaustausch mit Vertretern der Volksschulabteilung des KM eingeladen. Dabei blieb es bis heute: Einbeziehung in den Entscheidungsprozess und breite Beteiligung à la bayerischer Kultusbürokratie!

Weder fand im Frühjahr die Ressortabstimmung statt, noch wurde dem Landtag spätestens bis zum 1. März 2003 berichtet, wie es ein Landtagsbeschluss vom Mai 2002 vorsieht.

Im Vorfeld der Landtagswahlen wurden die »Hausaufgaben« dann doch noch erledigt. Ende Juli erhielt der Landtag den geforderten Bericht der Kultusministerin. Aus diesem und der Ergebnism Niederschrift einer Besprechung zum neuen Beurteilungswesen gehen die Vorstellungen des Kultusministeriums hervor:

Regelbeurteilung bis 55?

Große Freude in den – wie immer betont wird »überalterten« – Kollegien wird die vorgesehene Altersgrenze von 55 Jahren für Beurteilungen (bisher 50 Jahre) auslösen. Dies scheint die Umsetzung folgenden Satzes aus dem Landtagsbeschluss zu sein: »Es ist anzustreben, die Zahl der periodischen Beurteilungen auf ein für die jeweilige Schulart unverzichtbares Mindestmaß festzulegen...« Lediglich die Lehrer und Lehrerinnen, die an Grund- und Hauptschulen unterrichten und nach A 12 alimentiert werden, werden nach der Probezeitbeurteilung nur einmal periodisch beurteilt. Diese sog. »Grundbeurteilung« soll »den Berufsanfängern in jedem Falle eine Standortbestimmung ermöglichen«. Anschließend erhalten sie anstelle der Regelbeurteilung einen sog. Leistungsbericht. Dieser ist eine verbale Beurteilung

von »fachlicher Leistung, Eignung und Befähigung mit einer abschließenden Zielvereinbarung«, also eine kleine Regelbeurteilung ohne Benotung. Dieser Leistungsbericht wird allerdings offensichtlich nur für »die große Zahl der übrigen Lehrer an Grund- und Hauptschulen« erstellt, die keinerlei Karriereabsichten hegen. Für die anderen gilt: es werden nur noch diejenigen Lehrkräfte periodisch und damit anhand einheitlicher Maßstäbe beurteilt, »die beabsichtigen sich um Funktionsstellen zu bewerben«. Wenn dies bedeutet, dass alle, die nach der Grundbeurteilung keinen Antrag auf weitere Regelbeurteilung stellen, keine Chance auf eine Funktionsstelle haben, wird dies die Akzeptanz der Regelbeurteilung deutlich heben und das KM triumphieren lassen. Wer möchte sich selbst schon nach wenigen Berufsjahren freiwillig den 85 % der Lehrerinnen und Lehrer zuordnen, die keinerlei Karrierechance haben?

Beurteilung durch Schulleiter(innen) auch an Grund- und Hauptschulen?

Zuständig für Beurteilungen sollen künftig an allen Schularten Schulleiter und Schulleiterinnen sein. Schulräte sollen nur noch Schulleiterinnen und Schulleiter an Volksschulen, deren Stellvertretungen und Beratungsrektoren und -rektorinnen beurteilen (dürfen). Beim BLLV läuten die Alarmglocken in Sorge um das Fortbestehen der Schulaufsicht, wie in der Süddeutschen Zeitung zu lesen war. Wir in der GEW sehen das gelassener, denn wir meinen: Wenn Schulaufsicht ihre Aufgaben effizient erfüllen soll, dann ist dies nur nach einer grundlegenden Reform möglich und nicht bei gleichzeitiger Beurteilungszuständigkeit. Beratung und Beurteilung durch die gleiche Person schließen sich aus. Hier decken sich unsere Erfahrungen mit theoretischen und wissenschaftlichen Veröffentlichungen.

Trennung nach Leistungsbeurteilung und »Verwendungseignung«?

»Ziel soll sein, ein Beurteilungssystem einzuführen, welches nach Leistungs- und Verwendungsbeurteilung differenziert,« so will es der Landtag. Der bisherige Abschnitt »Verwendungseignung« wird zum Abschnitt »Verwendungsbeurteilung«. Diese beinhaltet eine breite Darstellung von Kriterien, »die zu berücksichtigen sind, wenn die Verwendung der zu beurteilenden Lehrkraft als Schulleiter in Betracht gezogen wird«.

Zurück zu den sieben Prädikatsstufen?

Gewerkschaft und Betroffene haben die 16-Punkte-Skala, für deren Einführung jetzt niemand mehr verantwortlich

sein will, von Anfang an abgelehnt. Landtag, zugeladene Experten, Finanzministerium und KM schlossen sich dieser Einschätzung schließlich an. Fünf bis maximal neun Stufen schlugen die Experten vor. Die »Eckpunkte« des Finanzministeriums übernahmen den Vorschlag und aus dem KM ist zu hören: »Eine Rückkehr zu einem (modifizierten) 7-Stufen-System ist nicht ausgeschlossen«.

Der große Wurf ist gelungen!

Nach dem Desaster mit den Beurteilungsrichtlinien von 1999 und den damit verbundenen Quotierungsvorgaben war allenthalben zu hören, etwas ganz Neues müsse her. Es habe den Anforderungen einer modernen Schule und Bildungsverwaltung zu genügen und sei unter breiter Beteiligung aller Betroffenen zu entwickeln. Nur so seien effektive Personalführung, Qualitätssicherung und Akzeptanz zu erreichen. Nach dem, was bisher verlautet ist, scheint es mehr um eine Streichung der 16-Punkte-Skala zu gehen. Die sieben Prädikatsstufen aus den frühen 70er-Jahren stehen wieder zur Debatte, wohl verbal modifiziert. Ebenso die Richtlinien von 1999, versehen mit verbaler Kosmetik und einigen Aktualisierungen. So wird der Begriff »geistige Beweglichkeit« gestrichen und »pädagogische Eignung« wird als eigenständiges Merkmal aufgegeben. Stattdessen findet diese ihren Ausdruck in ihren bisherigen Unterpunkten »Unterrichtserfolg« und »erzieherisches Wirken«. Aus »Verwendungs-

eignung« wird »Verwendungsbeurteilung«.

Mit solch bahnbrechenden Neuerungen hat das KM nicht einmal die Möglichkeiten genutzt, die der Landtagsbeschluss eröffnet hat. Dieser hätte Raum gelassen für eine tatsächliche Trennung von Leistungsbeurteilung und Antragsbeurteilung im konkreten Bewerbungsfall und bezogen auf die angestrebte Funktion. Er hätte auch Raum gelassen für eine tatsächliche Reduzierung der Zahl der periodischen Beurteilungen in Annäherung an die Gepflogenheiten der anderen Bundesländer.

Noch (Mitte Oktober) sind keine neuen Richtlinien in Kraft. Die Ressortabstimmung hat noch nicht stattgefunden und der Hauptpersonalrat hat noch nicht zugestimmt. Hinter den Kulissen findet Lobbyarbeit statt. Mag sein, dass noch einzelne marginale Änderungen vorgenommen werden. Für die GEW ist jedoch klar: auch mit den überarbeiteten Richtlinien kommen wir einer demokratischen Schulverfassung nach unseren Vorstellungen mit der Wahl von Funktionsinhaberinnen und -inhabern auf Zeit und mit echten Entscheidungs- und Mitbestimmungsrechten der Lehrerinnen- und Lehrerkonferenz und ohne die entwürdigenden obrigkeitstaatlichen Beurteilungsräte keinen einzigen Schritt näher.

von Gele Neubäcker
stellvertretende Vorsitzende
der GEW Bayern
und Mitglied im HPR



INTER PÄDAGOGICA
Fachmesse für Lehrmittel und Schulausstattung
20. - 22.11.2003 Messezentrum Salzburg

BZgA

Wir sind dabei.
Halle 3, Stand 601

BZgA
Bundeszentrale
für
gesundheitliche
Aufklärung

Die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) präsentiert vom 20. bis 22. November 2003 auf der Interpädagogica in Salzburg ihre Unterrichtsmaterialien zur Gesundheits-erziehung und Gesundheits-förderung in der Schule. Die Materialien enthalten Sach-informationen, Unterrichtsvor-schläge und Kopiervorlagen. Lehrkräfte (auch angehende) können Einzel-exemplare an unserem Stand 601 in Halle 3 kostenlos mitnehmen. Bitte besuchen Sie uns und informieren Sie sich über unser vielfältiges Angebot!



Foto: Bert Butzke

recht verhält. Wir machen heute die Schulfähigkeit der Kinder zum Maßstab, statt die Schule kinderfähig zu machen.

Der pädagogischen Bildungsplanung für den Kindergarten muss eine Organisationsreform folgen. Niemand kann einen neuen Bildungsplan in der Praxis verwirklichen, wenn die Rahmenbedingungen nicht stimmen. Mit den Trainingsmethoden von vorgestern hätte selbst Bayern München keine Chance auf einen Meistertitel. Ein Kindergarten, den Kinder nur von 9.00 bis 12.00 Uhr besuchen können und in dem eine Erzie-

herin, die bestenfalls von einer Hilfskraft unterstützt wird, in einer Gruppe 25 Kinder betreut, wird den Bildungsanforderungen nicht gerecht. Gerade das Bayerische Staatsinstitut für Frühpädagogik hat in zahlreichen Untersuchungen darauf hingewiesen, wie schlecht deutsche Kindergärten ausgestattet sind. Das fängt bereits bei der Ausbildung der Erzieherinnen an, die mit Ausnahme von Österreich und Deutschland in allen Ländern auf Hochschulniveau angesiedelt ist.

Eine Gruppe sollte nicht mehr als 15 Kinder umfassen und zwei Erzieherinnen haben.

Die angestrebte pädagogische Reform wird von Erzieherinnen und Erziehern begrüßt. Damit wäre auch eine Aufwertung des Berufes verbunden. Die »Kindergartentante« kann man getrost in den verdienten Ruhestand schicken. Die Bereitschaft zur Bildungsreform im Kindergarten wird jedoch im Keim erstickt, wenn man die Erzieherinnen bei unveränderten Rahmenbedingungen mit der Aufgabe alleine lässt. Sie sind es, die sich vor den Eltern rechtfertigen müssen, wenn das Bildungsniveau der Kinder nicht dem entspricht, was in den Plänen versprochen wird. Träger, Jugendämter und Ministerien stehen jetzt in der Verantwortung.

Die EU-Kommission hat bereits 1996 empfohlen, in einem 10-Jahres-Programm die Ausgaben für Kindergärten schrittweise auf ein Prozent des Bruttoinlandsproduktes zu steigern. In Deutschland sind es zur Zeit 0,4 Prozent. Wir müssen in Deutschland weg kommen vom Wettbewerb um die billigste Einrichtung und begreifen, dass Ausgaben für Kindertagesstätten Investitionen in die Zukunft unserer Kinder sind. Nicht die Frage, wie bekommt man es am billigsten darf im Vordergrund stehen, sondern wie stattet man Einrichtungen so aus, dass sie ihren Auftrag am wirkungsvollsten erfüllen können. Billige, aber pädagogisch wirkungslose Kindertagesstätten sind erst recht rausgeschmissenes Geld.

von Bernhard Eibeck

Referent im Bereich Kinder- und Jugendhilfe
beim GEW-Hauptvorstand
e-mail: eibeckb@gew.de



GEW begrüßt neue Bildungspläne für den Kindergarten:

Pädagogische Reformen brauchen bessere Kita-Ausstattung

Die GEW begrüßt die politische Initiative der für Kinder- und Bildungspolitik zuständigen Ministerinnen aus Bayern, Christa Stewens und Monika Hohlmeier, Baden-Württemberg, Annette Schavan und Hessen, Silke Lautenschläger, zur Unterstützung systematischen Lernens im Kindergarten. Der am 20. August 2003 in München vorgestellte Bayerische Bildungs- und Erziehungsplan, der im Münchner Staatsinstitut für Frühpädagogik unter Leitung von Prof. Dr. Wassilios E. Fthenakis entwickelt wurde, ist ein bedeutender Schritt zur Entwicklung frühkindlicher Pädagogik. Im internationalen Vergleich hat Deutschland in der Bildungsförderung kleiner Kinder vor der Schule großen Nachholbedarf.

Dabei kann es nach Auffassung der GEW nicht darum gehen, das schulische Lernen in den Kindergarten vor zu verlegen. Kinder brauchen vielmehr frühzeitige individuelle Unterstützung und Anregung. So könne man auf die kürzlich eingeführten Sprachtests zur Feststellung der Schulreife verzichten, wenn man Kindern spätestens ab dem dritten Lebensjahr die Chance gibt, gemeinsam mit anderen Kindern gut Deutsch zu lernen.

Die guten Erfahrungen mit der Eingangsstufe in Hessen haben gezeigt, dass es sinnvoll ist, Kindern für den Übergang in die Schule Zeit zu geben. Alle Kinder könnten mit 6 Jahren in die Schule gehen, wenn die Schule sich kindge-

Gegen den Trend - höhere Eingruppierung für SozialpädagogInnen

12 Jahre ist er alt, der Eingruppierungstarifvertrag *Sozial- und Erziehungsdienst*, und immer enger wurden die Spielräume für unsere Berufsgruppen, um daraus Honig zu saugen.

SchuldnerberaterInnen setzen sich durch

Erstmals scheint einer kleinen, aber feinen Gruppe von SozialpädagogInnen das gelungen zu sein, worum sie Tausende beneiden werden, nämlich eine höhere (Regel)Eingruppierung nach der Fallgruppe 15 von BAT IVa. Es ist eine Premiere und keine Chimäre! Nach vielen fruchtlosen politischen und juristischen Auseinandersetzungen um diese Fallgruppe (Schulsozialarbeit, Psychiatrie, Jugendpfleger etc.), scheint in das erstarrte System etwas Bewegung zu kommen.

Eine Handvoll Schuldner- und InsolvenzberaterInnen der Stadt München haben im Mai 2003 erreicht, dass ihre Tätigkeit als »besonders schwierig und bedeutend« eingeschätzt wird, d.h. sie steigen von BAT IVa nach 4 Jahren in BAT III auf, was bisher fast nur in Leitungstätigkeiten erreichbar war. Ihr Antrag wurde tarifgemäß unter Berücksichtigung der 6-monatigen Ausschlussfrist gestellt und mit den »besonders schwierig und bedeutend« entsprechenden Tätigkeitsmerkmalen begründet. Wir zitieren im folgenden aus der Dokumentation der Jahresfachtagung 2002 der Bundesarbeitsgemeinschaft Schuldnerberatung e.V. (S.55,ff):

Hohe Qualifikation anerkannt

Die besondere Schwierigkeit ergibt sich aus den »umfangreichen Anforderungen und fachlichen Qualifikationen (beispielsweise sozialpädagogische Methoden, Systematik von Buchhaltungs-, Bank-, Kreditwesen, usw., PC-Kenntnisse, unterschiedlichste Verhandlungs- und Kooperationspartner, sehr schwieriges Klientel, etc.) und v.a. die ein »Normalmaß« übersteigenden Spezialkenntnisse im Hinblick auf Schuldnerberatung (umfangreiche gesetzliche Bestimmungen, Gesetzgebungen, Gerichtsurteile, Steuerrecht, Kenntnisse über Schuldner- und Gläubigerarten und Strategieerwägungen hierzu, umfassende Kenntnisse von EDV-Programmen, wie die Finanzdienstleistungsprogramme Cals, Cadas, FOAB, etc.)«

Hinzu treten die Qualität der zu erbringenden selbständigen Leistungen und die Menge und Vielfalt der Vorschriften: »Die Fallbearbeitung in der Schuldnerberatung erfordert von der psychosozialen Diagnose, der Anamnese der Schuldner- und Gläubigersituation, über Strategieentwürfe zur Schuldenregulierung, Gläubigerverhandlungen bis zur Durchführung der einzelnen Arbeitsschritte ein hohes Maß an geistiger Initiative und gedanklichem Aufwand. Dabei ist auch festzustellen, dass die SchuldnerberaterInnen eigenständig und eigenverantwortlich arbeiten, in der Fallbearbeitung nicht weisungsgebunden sind und im eigenen Ermessen für den

Schuldner – mit dessen genereller Vollmacht verhandeln und tätig werden.«

Bei dem Merkmal »Bedeutung« sind v.a. Auswirkungen auf Dritte und die Allgemeinheit maßgeblich: »Durch das Tätigwerden der Schuldnerberatung kann vielfach ein (weiteres) Herausfallen aus dem sozialen Netz mit allen Konsequenzen wie Obdach-, Arbeitslosigkeit, Gewalt, Kriminalität, Scheidung, Krankheit, Suizid, usw. verhindert werden... Fachkundige Schuldnerberatung trägt oftmals zur Integration oder Reintegration in eine Berufstätigkeit bei. In seiner Auswirkung bedeutet dies, dass der Schuldner nicht nur zum gesamtwirtschaftlichen Prozess beiträgt (Zahlung von Sozialversicherungsbeiträgen), sondern auch direkt an die Kommune Lohn bzw. Einkommenssteuer abführt. Sozialhilfeleistungen, die vollständig zu Lasten der Kommune gehen, werden gänzlich eingespart Allein schon die Summe von 122 Millionen DM – die Schuldensumme aller in der Beratung erfassten Haushalte im Jahre 1999 – drückt aus, dass es sich um eine volkswirtschaftlich relevante Größenordnung handelt...«

Besonders die Einführung der neuen Insolvenzordnung (1.1.99) bedeutete für alle Schuldnerberatungsstellen eine enorme Umorientierung und erforderte vielfältige Kreativität und sogar rechtsschöpferische Aktivitäten.

»Hervorzuheben sind in diesem Zusammenhang insbesondere das »Recht auf Girokonto« ... Dieses Recht auf Konto – bei negativer Schufa-Auskunft in München erstmalig von der Stadtparkasse zugestanden – hat weitreichende Konsequenzen für betroffene Bürger und Allgemeinheit, ermöglicht es doch Ausgegrenzten wieder ein Stück Teilnahme am gesellschaftlichen Leben.«

Die Arbeitsplatzbeschreibung zeigt eine für SozialpädagogInnen fast ideale Mischung von 60% Beratung, 20% Teamarbeit, Fortbildung und Öffentlichkeitsarbeit und 15% Multiplikatoren- und Präventionsarbeit; im Verhältnis zum ASD ist die Schuldnerberatung der fortbildende Spezialdienst. Sämtliche Tätigkeiten bzw. Arbeitsvorgänge sind detailliert beschrieben und bilden das Gerüst der tariflichen Forderung.

Übertragbarkeit gegeben?

Paradox, aber wahr: gerade weil die höhere Eingruppierung im Tarifbereich (Vka) erreicht wurde, ist die Argumentation bei vergleichbarer Stellenbeschreibung auf alle BAT-ähnlichen Regelungswerke übertragbar, einschließlich den kirchlichen, da sie alle die Struktur des Eingruppierungstarifvertrags BAT übernommen haben, und zum Teil nur geringe Abweichungen kennen.

von Günther Schedel-Gschwendtner

Leiter des Sozialpädagogischen Büros
der GEW Bayern
e-mail: GEW_SozPaed@t-online.de



Kein Weihnachtsgeld im Weinberg?

Die im Bund-Länder-BAT gekündigten Tarifverträge über Weihnachts- und Urlaubsgeld (E&W berichtete in 9/03) haben keineswegs nur Auswirkungen für Neueingestellte im Tarifbereich!

Über Verweisungsregeln im Arbeitsvertragsrecht der bayerischen Diözesen (kath.) und im Dienstvertragsrecht (evang.) erlangen negative BAT-Änderungen ebenfalls Geltung im Bereich der verfassten Kirchen, und dort Neueingestellte und Wieder-Befristete stehen im Regen.

Dabei sollte man zur Kenntnis nehmen, dass die verfasste katholische Kirche in Bayern durch die sog. Tarifautomatik die Ergebnisse der Vergütungsrunde 2003 des öffentlichen Dienstes mitvollzogen hat, während im evangelischen Bereich schon die Lohnerhöhung um mehrere Monate verzögert wurde, ohne Einmalzahlungen und inzwischen mit etlichen weiteren Verschlechterungen. Und um noch eins draufzusetzen, wird nun durch Beschluss der AK (Arbeitsrechtlichen Kommission) für die Neueingestellten der Diakonie, wo keine direkte Bindung an BAT besteht, weder Weihnachts- noch Urlaubsgeld gewährt, so dass – wie im öffentlichen Dienst – auf unbestimmte Zeit zwei Klassen von MitarbeiterInnen entstehen werden.



Foto: Robert Michel

Im katholischen Bereich wurde immerhin eine solidarische Lösung von der bayrischen Regional-KODA beschlossen: für die »alten« MitarbeiterInnen bleibt es heuer beim alten Weihnachtsgeld, die Neueingestellten bekommen gestaffelt zwischen 65 und 70%. Nächstes Jahr wird es für alle nur noch 65-70% geben einschließlich der Kirchenbeamten.

Im Gleichnis vom Weinberg zahlt der Hausherr auch dem zuletzt Gekommenen den gleichen Lohn. Wie weit haben sich die Kirchen von ihrem Leitbild entfernt, wenn etwa die evangelische Kirche geradezu wild entschlossen ist, die letzten Reste solidarischer und sozialer Vergütungsteile des BAT wegzuworfen bei gleichzeitiger erheblicher Selbstbedienungsmentalität der Oberen.

Für die ab dem 01.07. bzw. 01.08.03 bei Diakonie und evangelischer Landeskirche befristet Eingestellten könnte immerhin doch ein Anspruch auf Weihnachts- und Urlaubsgeld bestehen. In Einzelfällen sollten sich solche KollegInnen an die Gewerkschaft wenden und Rechtsschutz beantragen.

von Günther Schedel-Gschwendtner

Dies und Das

Fakten gegen Vorurteile

Vorurteile verstecken sich nicht im stillen Kämmerlein, sie begegnen uns im Gespräch auf der Straße oder am Arbeitsplatz und zwar auch in Form handfester Lügen. Das Buch »Ausländer nehmen uns die Arbeitsplätze weg« – Rechtsradikale Propaganda und wie man sie widerlegt« listet rechte Vorurteile auf und belegt mit Daten, Zahlen und Fakten, dass sie mit der Realität nichts zu tun haben. Parallel dazu werden Menschen vorgestellt, gegen die sich diese Vorurteile richten.

Insgesamt werden 44 Lügen über AusländerInnen sehr faktenreich als solche entlarvt. Das klar strukturierte Buch kann für den Unterricht ebenso verwendet werden wie als Argumentationshilfe für Betriebsräte und SozialpädagogInnen, die dumpfen Sprüchen mit Fakten begegnen wollen.

Jonas Lanig/Marion Schweizer:

»Ausländer nehmen uns die Arbeitsplätze weg« – Rechtsradikale Propaganda und wie man sie widerlegt.

Verlag an der Ruhr

246 Seiten, 13,80 Euro

»Aufwachsen in Actionwelten« Ein Materialpaket zu gewalthaltigen Spielwelten und Medienverbänden

Wenn es um Action und Gewalt geht, wartet der Medienmarkt immer wieder mit Neuheiten auf. Aktuell ist das im Sektor PC- und Netzspiele der Fall. Die auf Militarismus, Waffenfetischismus und Splattereffekten basierenden Angebote sind bei einer großen Zahl vor allem männlicher Heranwachsender beliebt. Neu ist auch die Präsenz multimedialer Erlebnis- und Konsumwelten, zu denen das Internet bequemen Zugang eröffnet. So werden die Schlachten von »Herr der Ringe« im Kino, am Computer und im Internet geschlagen und die Protagonisten halten als Überraschungseier-Figuren Einzug in die Kinderzimmer.

Kinder und Jugendliche begeben sich neugierig und freudig in diese medialen Erlebniswelten. Entsprechend präsent sind die medialen Vergnügungen in der pädagogischen Praxis, wo sie Fragen aufwerfen und Unsicherheiten hervorrufen. Das Materialpaket »Aufwachsen in Actionwelten« versucht, hier zu unterstützen. Es liefert Informationen zu gewalthaltigen Computerspielwelten sowie zur Mehrfachvermarktung von Actionangeboten auf dem Medien- und Konsummarkt. Vor allem aber bietet es praktische Anregungen,

um die Themen gemeinsam mit Kindern und Jugendlichen anzugehen.

Es umfasst vier thematische Module:

- Mediale und reale Gewalt – Grenzen und Übergänge (Gewaltmodul)
- Von Pokemon zum Ego-Shooter – Computerspiele als Spaßfaktor oder Gewalttraining (Spielemodul)
- Multimedial und käuflich – Action auf dem Medien- und Konsummarkt (Vermarktungsmodul)
- Regulative und Netze – Wo und wie greift der Jugendmedienschutz? (Jugendschutzmodul)

Ergänzt werden diese durch eine CD-ROM mit Anschauungs- und Arbeitsmaterial. Die zugehörige Elternbroschüre bietet einen kompakten Abriss über die Thematik und enthält Tipps, wie Eltern der Faszination für gewalthaltige Spielwelten und Medienverbände begegnen können.

Weitere Informationen und Bestellung (12,50 Euro) bei:

JFF – Institut für Medienpädagogik in Forschung und Praxis • Tel. 089-689 890
e-mail: jff@jff.de • www.jff.de

Kopaed Verlags GmbH
Tel. 089-688 900 98 • www.kopaed.de

Aktion Jugendschutz
Landesarbeitsstelle Bayern (AJ)
Tel. 089-121 573 0 • info@aj-bayern.de
www.bayern.jugendschutz.de

Fachtagung

Migration, Geschlecht und die Bildung - Eine Aufgabe für Jugendhilfe und Schule

Die Ergebnisse der PISA-Studie haben trotz ihrer Umstrittenheit gezeigt, wo die deutsche Schulbildung im internationalen Vergleich steht. Die Wahrheit ist, dass Deutschland trotz der multikulturellen Realität keine Strukturen bietet, die seinen ZuwandererInnen Chancengleichheit ermöglichen. Zu dieser Realität gehört auch, dass Mädchen trotz besserer Schulabschlüsse später auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt schlechtere Chancen haben.

- Wie können Herkunft und Geschlecht vom Bildungserfolg entkoppelt werden?
- Wie können die verschiedenen Ressourcen von Jugendhilfe und Schule zum Nutzen aller zusammengebracht werden?
- Inwieweit müssen geschlechtsspezifische und interkulturelle Aspekte in der täglichen Arbeit berücksichtigt werden?

Die Tagung bietet für Fachkräfte aus Jugendhilfe und Schule Anregungen, Praxisbeispiele und Austauschmöglichkeiten.

Termin: 19. Nov. 2003, 9.30 bis 17.00 Uhr

Ort: Katholische Stiftungshochschule

München, Preysingstraße 83

(S-Bahn Ostbahnhof oder Rosenheimer Platz oder U4/U5 Max-Weber-Platz)

Kosten: 25 Euro

Anmeldung: AMYNA e.V.

Mariahilfplatz 9 • 81541 München

Tel. 089-201 70 01 • e-mail: info@amyna.de

Lampenfieber – Kindertheaterfestival (fast) überall in Bayern

Vom 13.-23.11. findet zum zweiten Mal das bayerische Kindertheaterfestival »Lampenfieber« statt. In 30 bayerischen Städten und Gemeinden werden mehr als 100 Vorstellungen zu sehen sein. Es wurde großer Wert darauf gelegt, Theatergruppen einzuladen, die mit herausragendem künstlerischen Können die Phantasie anregen und sensibel und kindgerecht Alltags-themen aufgreifen.

Das ausführliche Programmheft kann angefordert werden:

Kultur & Spielraum e.V. München

Ursulastr. 5 • 80802 München

Tel. 089-34 16 76 • Fax: 089-34 16 77

bzw. im Internet abgerufen werden unter www.lampenfieber-festival.de

HighSchool ab Januar?

Wer sich jetzt noch entschließt, ein halbes Jahr im Ausland zu verbringen, dem kann »kultur life« bei einigen High School Programmen Plätze ab Januar 2004 vermitteln. »Kultur life« organisiert für Jugendliche komplett den ganzen Aufenthalt. Es sind noch Plätze für die Programme in den

Dies und Das

USA oder Frankreich sowie Neuseeland vorhanden. Unter Umständen ist eine Förderung durch Auslands-Bafög möglich. www.kultur-life.de

Tagung »Kleine Schritte gegen rechte Tritte«

Unter dem Motto »Kleine Schritte gegen rechte Tritte« stellen die Petra-Kelly-Stiftung und die Akademie für politische Bildung in Tutzing in mehreren Workshops konkrete »Konzepte gegen Rechtsextremismus« vor. Die Tagung befasst sich außerdem mit den aktuellen Erscheinungsformen des Rechtsextremismus in Deutschland und fragt nach den sozioökonomischen und psychosozialen Ursachen.

Weitere Informationen:

www.petra-kelly-stiftung.de/sites/termin.pl
Ausschreibungsfaltblatt mit Gesamtprogramm des Seminars sowie Anmeldeformular gibt es auf Anfrage als PDF-Datei oder als Faltblatt.

Termin: 28./29. November 2003

Freitag, 14 Uhr – Samstag, 17 Uhr

Akademie für Politische Bildung

82327 Tutzing • Buchensee 1

Tagungsgebühr: mit Übernachtung 40 Euro (ermäßigt 25 Euro), ohne Übernachtung 25 Euro (ermäßigt 16 Euro)

Anmeldung: Akademie für Politische Bildung

Frau Renate Heinz

Buchensee 1 • 82327 Tutzing • Fax: 08158-256-51

e-mail: R.Heinz@apb-tutzing.de

Solidarität statt Mobbing – Anleitungen zur Selbsthilfe

Wochenendseminar des Bayerischen Seminars für Politik e.V. für Betroffene, Interessierte, Mitglieder von Personal- und Betriebsrat:

Die gespannte Situation auf dem Arbeitsmarkt ist u.a. Ursache für das inzwischen weit verbreitete Phänomen Mobbing – als augenscheinliches Instrument, Konflikte mittels Schikane und Ausgrenzung auf Kosten anderer zu lösen. Für die Betroffenen bedeutet dies eine schwere Beeinträchtigung im privaten, beruflichen wie auch im gesellschaftlichen Bereich. Mobbing erzeugt ein negativ belastetes Arbeitsklima, Betriebs- und Personalräte wie auch Gewerkschaften werden mit den Auswirkungen konfrontiert.

Termin: 13./14.12.2003

Ort: Hotel Alpenblick, Ohlstadt

Teilnahmegebühr 60 Euro

Anmeldung: Bayerisches Seminar für Politik e.V.

Oberanger 38/1 • 80331 München

Tel. 089-260 90 06 • Fax: 089-260 90 07

e-mail: bsp@baysem.de

Programm im Internet unter www.baysem.de

»Ich bin anders als die anderen« Identitätsbildung, Konflikt und Wiedergutmachung im Unterricht mit Pubertierenden

Der Arbeitskreis für psychoanalytische Pädagogik der Schule e.V. lädt ein.

Im Mittelpunkt der Tagesveranstaltung steht die Frage, warum es die Pubertierenden und die Schule oft so schwer miteinander haben. Einerseits geht es darum, die Einzigartigkeit der adoleszenten Entwicklung, die ja auch sehr viel Kreatives enthält, entsprechend zu würdigen und darzustellen. In diesem Zusammenhang werden typische Verhaltensmuster von Pubertierenden analysiert. Zum anderen geht es um die methodisch-didaktische Herangehensweise. Wie geht die Lehrkraft im Unterricht mit heranwachsenden Jugendlichen um? Wie kann sie gerade ihre sich herausbildende schöpferische Eigenständigkeit besser berücksichtigen?

In Arbeitsgruppen werden unterrichtspraktische Erfahrungen und Fragen im Zusammenhang mit Adoleszenten behandelt, die auch den Grundschulbereich einschließen, etwa mit dem Thema Lernhemmungen in der Latenzzeit, also derjenigen Entwicklungsphase, die der Pubertät unmittelbar vorausgeht.

Termin:

Samstag, 29. November 2003, Beginn 9 Uhr

Ort: Pädagogisches Institut

Herrnstraße 19 • München (U-Bahn Marienplatz)

Gebühr: 20 Euro

Anmeldung über die Geschäftsstelle der ApPS,

Tel. 08178-9454 • e-mail: info@apps.de

Für die Klassenfahrt nach Berlin: Besuch im Theater Strahl

Aktuell im Programm u.a.:

»Genau wie immer: Alles anders.«

Ein Theaterstück über die Freuden und Leiden in der Pubertät von Günter Jankowiak

Regie: Betty Hensel

ab 12 Jahren, ca. 95 Min. inkl. Pause

Es geht um Freundschaft, Chaos, um Eltern, um Lehrer, um Schmetterlinge im Bauch, um Sexualität, Verwirrungen, Geheimnisse, Missverständnisse... und natürlich um Liebe. Erzählt wird die Geschichte von Mona und Theo, den Zwillingen – aber zweieiig, wie Mona immer betont – die mit ihrer allein erziehenden Mutter ein zufriedenes, relativ ruhiges Leben verbringen. Doch eines Tages quartiert sich etwas bei ihnen ein. Erwartet und doch überraschend. Ein merkwürdiges Wesen, das einiges durcheinander bringt: die Pubertät schlägt zu. Und plötzlich ist nichts mehr wie gestern und alles anders als morgen. Diese Inszenierung ist mit dem Berliner Theaterpreis »IKARUS 2003« ausgezeichnet.

Tickets und Infos: Tel.: 030-695 99 222

www.theater-strahl.de

Herzlichen Glückwunsch!

Wir gratulieren allen Kolleginnen und Kollegen, die im November Geburtstag feiern, ganz besonders

Parmatma Prakash, München, zum **82.**

Maria Danner, Hufschlag, zum **80.**

Wilhelm Gebhardt, Happurg, zum **79.**

Helmut Rößle, Neuried, zum **78.**

Wilhelm Barnikel, Erlangen, zum **73.**, sowie

Elisabeth Gottmann, München,

Gudrun Schmidt, München,

Jürgen Berghoff, Alerheim,

Dr. Karl Esselborn, München,

Dr. Hermann Patsch, München,

Theodor Schmitz, Reimlingen, und

Wieland Sternagel, Alling, zum **65.**



Herzlichen Dank!

sagen wir allen, die der Gewerkschaft seit vielen Jahren die Treue halten.

Im November gilt unser Dank ganz besonders

Josef Kirchner, München, für **52 Jahre**

Karl-Heinz Dorschner, Nürnberg,

für **40 Jahre**,

sowie

Josef Jocham, Lindau, und

Horst Sernow, München, für **35 Jahre**

Interessante Veranstaltungen ab November 2003

Die Übersicht wird ständig aktualisiert, entsprechende Hinweise bitte an: GEW-Büro für Gewerkschaftliche Bildungsarbeit, Werner Schottenloher, Richard-Wagner-Str. 5/II, 93055 Regensburg, Tel./Fax: 09 41/79 36 95, E-mail: gew21972@aol.com

07.11.03	Durch Bildung zur sozialen Revolution mit P.S. Rajasekharan, Vorstandsmitglied der Volksbildungsbewegung KSSP aus Kerala (Indien)	Seminar	München , DGB-Haus 16.00 - 22.00 Uhr
08.11.03	Und das Geschlecht ist doch nicht egal! Was PISA über Mädchen und Jungen sagt. Mit Hilke Emig, LiS Bremen und Schorsch Wiesmaier, Vorsitzender der GEW Bayern	Seminar	Nürnberg DGB-Haus, Burgblick 10.00 - 16.00 Uhr
09.11.03	»Beruhige dich nur, das soll ja brennen.« Die Täter des November-Programms 1938 in Würzburg. Karten: Telefon 09 31-41 54 43	Lesung	Würzburg Theater am Neunerplatz 20.00 Uhr
12.11.03	Erfahrungen beim Weltsozialforum in Brasilien u.a. mit Schorsch Wiesmaier, Vorsitzender der GEW Bayern	Mitgliederversammlung (mit Wahlen)	Bamberg , Gasthof Kaiserdom, 19.30 Uhr
14.-16.11.03	Methoden moralischer Erziehung und ihre Wirksamkeit Bundestagg. Fachverband Ethik e.V., Anmeld.: www.pi-nuernberg.de	Tagung	Nürnberg BBZ Äußere Bayreuther Str. 8
15.11.03	Gründungsvollversammlung der Jungen GEW Bayern mit Wahlen und Fortbildung »Elterarbeit in KiGa und Schule« Wahlvorschläge, Anmeldung und Info: annamforstner@web.de	Tagung	Nürnberg DGB-Haus 10.30 - 17.00 Uhr
19.11.03	Arbeitszeitrecht und Dienstplangestaltung in Heimen der Jugend- und Behindertenhilfe. Grundlagenseminar */** Veranstalter: www.consulting-fischer.de, Tel. 09 11-8 10 67 42 Referent: Günther Schedel-Gschwendtner, Soz.Päd.Büro der GEW	BR/PR/MAV-Schulung	Nürnberg KJR, im Tratzenzwinger 9.30 - 17.00 Uhr
21.-22.11.03	GEW-Neumitgliederseminar - Personal, Politik und Programm der GEW kennen lernen. *	Seminar	Markt Indersdorf Akademie Schönbrunn
22.11.03	Schule anders (13): Zum Lesen begeistern - handlungsorientierte Leseförderung im Unterrichtsalltag u.a. mit Prof. Kaspar-H. Spinner */** Anmeldung: gewwue@aol.com, Tel.: 09 31-1 22 04	Fortbildung (anerkannt)	Würzburg Friedrich-König-Gymnasium 9.00 - 16.00 Uhr
28.-29.11.03	Theater als pädagogisches Mittel im Unterricht */** Mit dem bekannten Kultur- u. Theaterpädagogen Hermann Vief Ü/F für GEW-Mitglieder kostenlos, Veranstalter: GEW-Erlangen, Info+Anmeldung: Tel. 0 91 35-72 61 04	Seminar	Muggendorf Fränkische Schweiz Hotel Goldener Stern

Für Veranstaltungen in München: siehe immer auch: www.gew-muenchen.de

Weitere Informationen über die Münchner Mailinglist, Eintrag jederzeit widerruflich! Bitt pere-mail anfordern.

* Anmeldung erbeten, falls nicht anders angegeben über:
GEW-Büro z.Hd. W. Schottenloher, Richard-Wagner-Str. 5, 93055 Regensburg, Tel./Fax: 09 41-79 36 95, e-mail: GEW21972@aol.com

** Teilnahmegebühr



Förderung auf bayerische Art:

Eltern unterrichten – Lehrkräfte helfen bei der Hausaufgabe

Das Ergebnis der Landtagswahlen hat offensichtlich bei Kultusministerium und Staatsregierung dazu geführt, dass ohne Rücksicht auf Vernunft eine merkwürdige Ankündigung die nächste jagt. Ist es durch einen Erlass des Kultusministeriums seit diesem Schuljahr möglich, dass Eltern »in Notsituationen die Schule unterstützen und Schülerinnen und Schüler im Unterricht beaufsichtigen«, erklärt nun Ministerpräsident Stoiber, Lehrerinnen und Lehrer sollten jeweils zwei Tage pro Woche den Kindern nachmittags bei den Hausaufgaben helfen. Wurde die Absicht, Eltern als Notnagel an Schulen zur Beaufsichtigung von Schülerinnen und Schülern einzusetzen, als Fortführung der inneren Schulentwicklung bezeichnet, geht es Stoiber nun um die »gezielte Förderung vor allem besonders begabter Schüler sowie Schüler mit Lernschwierigkeiten«.

Gegen eine gezielte Förderung – allerdings jedes Schülers und jeder Schülerin – ist selbstverständlich nichts einzuwenden. Die GEW wehrt sich aber zum einen gegen zusätzliche Belastungen von Lehrkräften und zum anderen gegen eine solch unausgelegene Konzeption. Eine gezielte Förderung aller Schüler sollte die Aufgabe jeder Schule sein, und zwar insbesondere während des Unterrichts und nicht nur bei den Hausaufgaben.

Das gegliederte Schulwesen in Bayern ist aber durch seine Struktur und viele damit zusammenhängende Maßnahmen wie z.B. Noten, Durchfallen, Zurückweisung in »niedrigere« Schularten auf Auslese und nicht auf Förderung ausgerichtet. Außerdem sind die durchschnittlichen Klassenstärken viel zu groß und die Belastung der Lehrkräfte ist längst an Grenzen gestoßen, was auch die enorme Zahl der Zwangspensionierungen von Lehrkräften beweist.

Es gäbe viele Möglichkeiten, die Bedingungen an Bayerns Schulen in Richtung Förderung statt Auslese zu verbessern.

Aber das Gegenteil davon geschieht:

- durch die R6 müssen Übertrittsentscheidungen noch früher getroffen werden;
- der Druck auf die Grundschule nimmt zu;
- Noten, deren Aussagekraft gering ist, werden nicht ersetzt durch differenziertere Formen, sondern künftig sogar wieder ab Jahrgangsstufe 2 eingeführt;
- die durchschnittlichen Klassenstärken bleiben hoch oder steigen sogar weiter an, zum Beispiel auf 29 an den Realschulen (Schuljahr 2003/04).

Statt die Arbeitsbedingungen der Lehrkräfte zu verbessern, will die Bayerische Staatsregierung ihnen nun noch zusätzliche Aufgaben aufzwingen. Anders ist die Ankündigung Stoibers nicht zu verstehen, dass Lehrkräfte künftig auch nachmittags unterrichten sollen. Sie tun es doch zu einem erheblichen Teil heute schon. Das Problem ist aus Sicht der GEW deswegen nicht, ob Lehrkräfte auch nachmittags in der Schule sind oder nicht. Die GEW gehört zu den entschiedensten Befürwortern von Ganztagschulen und es wäre widersinnig so zu tun, als ob LehrerInnenarbeit nur am Vormittag stattfände.

Wogegen wir uns jedoch entschieden wehren, ist einerseits eine zusätzliche Belastung von Lehrkräften über die bisherige hinaus, egal ob vormittags oder nachmittags, und andererseits gegen eine Ganztagskonzeption, die auf Betreuung statt auf Bildung setzt. Kultusministerium und Staatsregierung sollten aufhören, beinahe im Monatstakt unausgelegene und unüberlegte Vorstellungen zu verbreiten.

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Bayern



GEW-Stammtische ... Kontakte ... GEW-Stammtische ... Kontakte

Diese Treffen finden regelmäßig statt, nicht jedoch in den Ferienzeiten. Die Übersicht wird ständig aktualisiert, entsprechende Hinweise bitte an: GEW-Büro für Gewerkschaftliche Bildungsarbeit, Werner Schottenloher, Richard-Wagner-Str. 5/II., 93055 Regensburg, ☎ / Fax 09 41/79 36 95, e-mail: gew21972@aol.com

Aschaffenburg jeden Mittwoch, 20.00 Uhr, Pizzeria Venezia
Kontakt: Eberhard Rauch, ☎ 0 60 21/5 26 46

Bad Neustadt jeden 4. Dienstag im Monat, 20.00 Uhr, Café Röhnerle
Kontakt: Wolfgang Büchner, ☎ 0 97 73/82 86

Bayreuth jeden 1. Dienstag im Monat, 20.00 Uhr, Bistro Jojo, Schulstraße
Kontakt: Helmut Oskar Brückner, ☎ 09 21/7 31 31 03

Coburg jeden 2. Donnerstag im Monat,
20.00 Uhr, Naturkostrestaurant »Tie«
Kontakt: Karin Seifert-Lobedank, ☎ 0 95 61/81 20 36

Donau-Ries/Dillingen monatlich Mittwoch nach Vereinbarung,
19.30 Uhr, Ort nach Absprache
Kontakt: Hansjörg Schupp, ☎ 0 90 83/4 16, Fax: 0 90 83/9 10 78

Erlangen jeden 1. Dienstag im Monat, 19.00 Uhr, Gaststätte Gärtler
Kontakt: Hannes Henjes, ☎ 0 91 93/17 12

Forchheim jeden 2. Donnerstag im Monat, 19.30 Uhr, DreiBauernStüberl
Kontakt: Andreas Hartmann, ☎ 0 91 91/70 24 32

Fürth jeden Freitag 13.20 Uhr, Gaststätte BAR, Gustavstraße
Kontakt: Gerhard Heydrich, ☎ 09 11/8 01 97 00

Haßfurt jeden 1. Mittwoch im Monat, 19.00 Uhr, Alte Schule
Kontakt: Walter Richter, ☎ 0 95 23/76 89

Ingolstadt jeden 3. Donnerstag im Monat,
20.00 Uhr, Ölbaum (a.d. Schleifmühle)
Kontakt: Bruno Appel, ☎ 08 41/5 46 83

Kempten jeden 1. Dienstag im Monat, 20.00 Uhr, Gaststätte Korbinian
Kontakt: Doris Lauer, ☎ 08 31/2 79 10

Lindau jeden 3. Dienstag in ungeraden Monaten,
20 Uhr, Weinstube Reutin
Kontakt: Irene Mathias, ☎ 0 83 82/2 83 09

München Fachgruppe Grund- und Hauptschulen, nach Absprache
Kontakt: Jürgen Pöbnecker, ☎ 0 89/66 80 91

München Fachgruppe Sonderpädagogische Berufe
monatlich Montag im DGB-Haus, Terminübersicht bei Stefan Teuber
Kontakt: Stefan Teuber, ☎ 0 81 41/2 75 85

München AG SprachlehrerInnen jeden 2. Donnerstag,
19.00 Uhr, DGB-Haus
Kontakt: Inge Poljak, ☎ 0 89/76 97 95 55

München Fachgruppe Sozialpädagogische Berufe
jeden 1. Mittwoch im Monat, 19.00 Uhr, DGB-Haus
Kontakt: Bernd Englmann-Stegner, ☎ 0 89/49 68 81

München Fachgruppe Berufliche Schulen Termine auf Anfrage
Kontakt: Sabine Heigl, ☎ 0 89/2 71 38 39

München GEW-Hochschulgruppe
jeden Montag 19.00 Uhr, AStA Uni München
Kontakt: Michael Bayer, ☎ 0 89/2180-2072, michaelb@stuve.uni-muenchen.de

Neumarkt/Oberpfalz Mittwoch nach Vereinbarung, 19.30 Uhr, Plitvice
Kontakt: Ulrich Wehner, ☎ 0 91 81/10 64

Neu-Ulm/Günzburg monatlich, Termin auf Anfrage
Gasthaus Lepple, Vöhringen, oder Bad Wolf, Neu-Ulm
Kontakt: Ulrich Embacher, ☎ 0 73 07/2 33 96

Nürnberg AK Gewerkschaftlicher Durchblick
jeden Dienstag, 21.00 Uhr, Heimat, Eberhardshofstraße
Kontakt: Geschäftsstelle, ☎ 09 11/6 58 90 10

Nürnberg Fachgruppe Berufliche Schulen Termine auf Anfrage
Kontakt: Reinhard Bell, ☎ 09 11/3 18 74 56

Pfaffenhofen/Niederscheyern jeden 2. Donnerstag im Monat,
20.00 Uhr, Beim Griechen/Müllerbräukläuse
Kontakt: Norbert Lang-Reck, ☎ 0 84 41/7 11 92

Regensburg jeden 2. Donnerstag im Monat, 20.30 Uhr, Leerer Beutel
Kontakt: Peter Poth, ☎ 09 41/56 60 21

Rosenheim/Kolbermoor jeden 3. Donnerstag im Monat,
19.30 Uhr, Pizzeria Milano/Zum Mareis
Kontakt: Andreas Salomon, ☎ 0 80 31/9 51 57

Schweinfurt jeden 2. Dienstag im Monat, 19.00 Uhr, Café Vielharmonie
Kontakt: Karl-Heinz Geuß, ☎ 0 97 21/18 69 36

Selb jeden 1. Schulmontag im Monat, 20.00 Uhr,
Golden Inn, Bahnhofstraße
Kontakt: Fred Leidenberger, ☎ 0 92 53/12 21

Sulzbach-Rosenberg jeden 3. Mittwoch im Monat, 19.00 Uhr,
Gaststätte Sperber
Kontakt: Manfred Schwinger, ☎ 0 96 61/77 55

Traunstein jeden 2. Montag im Monat, 20.00 Uhr,
Gaststätte Schnitzelbaumer
Kontakt: Manfred Doetsch, ☎ 08 61/86 74

Weiden jeden 1. Montag im Monat, 19.30 Uhr, Bräustüberl (Kaisereck)
Kontakt: Anna Forstner, ☎ 09 61/4 01 76 30

Weißenburg (Mfr.) jeden 1. Donnerstag im Monat, 19.00 Uhr, Casino
Kontakt: Manfred Loy, ☎ 0 91 41/24 93

Würzburg jeden 2. Dienstag (ab 1. Schultag nach Ferien),
20.30 Uhr, Altdeutsche Weinstube
Kontakt: Jörg Nellen, ☎ 09 31/1 22 04

BÖCKS SCHEUNE

SELBSTVERSORGERHAUS für junge Gäste aller Art.
29 Betten, idyllische Lage am Dorfrand nahe Kreisstadt Kulmbach/Oberfranken, umgeben von Wald, Wiesen, Feldern. Eigene Spielwiese, Grillplatz, Lagerfeuer, Tischtennis, Tischfußball, etc.

Prospekt/Anmeldung: Uwe Böck, Lehenthal 54, 95326 Kulmbach, Tel. (09221)8 14 31, Fax (09221)92 48 39 www.boecks-scheune.de

Baut auf uns! Von Kindern Wohnen lernen.

Obwohl die Beteiligung von Kindern an Wohnplanungen gesetzlich gefordert ist, bauen Erwachsene weiterhin ihre Welt ohne Rücksicht auf die jungen Menschen – eine Fehlplanung, die sich bereits gerächt hat. Denn die Wohnumwelt ist ein entscheidender Bildungsfaktor.

Hier hätte die Schule eine Chance, Kinder für ihre Lebensumwelt zu sensibilisieren und sie zu ermuntern, sich konstruktiv an deren Gestaltung zu beteiligen. Hier setzt auch der Wettbewerb »Baut auf uns! Von Kindern Wohnen lernen« an, den der stern und die Bausparkasse Schwäbisch Hall mit Unterstützung des Deutschen Kinderhilfswerks veranstalten.

Langfristiges Ziel ist, Kinder an Wohnplanungen zu beteiligen. Die Jury wird deshalb in Zusammenarbeit mit Schülern aus den originellsten Ideen und Entwürfen realisierbare sowie ausstellungsfähige Modelle, Pläne und Darstellungen entwickeln lassen. Das Deutsche Kinderhilfswerk bemüht sich in einer zweiten Stufe des Wettbewerbs um eine Realisierung der preisgekrönten Beiträge mit Förderung durch das Bundesbauministerium.

Der Wettbewerb wird am 6. November ausgelobt. Einsendeschluss ist der 15. Februar 2004. Unterlagen und ausführliche Informationen gibt es zum Auslobungstermin über das Internet: www.sternstadt-forum.de

Das neue Kündigungsschutzrecht - Auswirkungen auf die Betriebsratsarbeit

Fast unbemerkt von der Öffentlichkeit beschloss der Bundestag am 26.09.2003 gravierende Änderungen zum Kündigungsschutzgesetz und zum Teilzeit- und Befristungsgesetz. Sie treten am 1.1.2004 in Kraft. Um von der neuen Rechtslage nicht gänzlich überrollt zu werden, müssen sich die Betriebsräte mit den neuen Vorschriften auseinandersetzen: Über welche Instrumente verfügen Interessenvertretungen, um die negativen Auswirkungen für die Arbeitnehmer wenigstens abzuschwächen? Welche Handlungsmöglichkeiten verleiht ihnen das BetrVG?

**Fischer-Consulting bietet dazu ein Tagesseminar an:
Donnerstag, 27.11.03 von 9.30 - 17.00 Uhr
Nürnberg, Tratzenzwinger**

Das Seminar behandelt alle wichtigen Änderungen: Änderungen bei der Sozialauswahl • Änderungen der Kleinbetriebsklausel, Ausweitung Befristungen • Wiedereinführung der Namensliste und Bedeutung der Auswahlkriterien nach § 95 BetrVG • Instrumente zur Beschäftigungssicherung.

Das Seminar ist erforderlich für BR-Mitglieder (§ 37 Abs. 6 BetrVG)
Anmeldungen und weitere Informationen unter: Tel. 09 11-8 10 67 42